



Wortprotokoll

Der 320. Sitzung vom 8. Juli 1983

Resoconto integrale

della seduta n. 320 dell'8 luglio 1983

VIII. Legislatur
VIII Legislatura
1978 - 1983



CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

SEDUTA 320. SITZUNG
8.7.1983

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 246/83: "Disposizioni in materia di finanza locale" pag. 3

Disegno di legge provinciale n. 237/83: "Riduzione della durata della posizione funzionale "assistente in formazione" in ragione dell'anzianità di servizio e della professionalità possedute". pag. 38

Disegno di legge provinciale n. 259/83: "Esercizio delle deroghe previste dalla legge 5.8.1981, n. 503, riguardante la ratifica ed esecuzione della convenzione relativa alla conservazione della vita selvatica e dell'ambiente naturale in Europa, adottata a Berna il 19.9.1979, nell'ambito del territorio del parco nazionale dello Stelvio, ricadente in provincia di Bolzano". pag. 43

Disegno di legge provinciale n. 238/83: "Norme in materia di formazione professionale degli apprendisti". pag. 47

INHALTSANGABE

Landesgesetzentwurf Nr. 246/83: "Maßnahmen auf dem Gebiet der Lokalfinanzen". . Seite 3

Landesgesetzentwurf Nr. 237/83: "Herabsetzung der Dauer der Ausbildung "Funktionsrang Assistent in Ausbildung" im Verhältnis zum erworbenen Dienstalter und zur Berufserfahrung" Seite 38

Landesgesetzentwurf Nr. 259/83: "Ausübung der Ausnahmenregelung, welche vom Gesetz Nr. 503 vom 5.8.1981 - Ratifizierung und Durchführung der Bernerkonvention vom 19.9.1979 zum Schutze der Wildwachsenden Pflanzen und Freilebenden Tiere sowie ihrer Lebensräume in Europa - vorgesehen ist, im Gebiet des Nationalparkes Stilfser-Joch, welches innerhalb der Provinz Bozen liegt" Seite 43

Landesgesetzentwurf Nr. 238/83: "Bestimmungen über die Berufsausbildung von Lehrlingen" Seite 47

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

GIUSEPPE SFONDRINI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 10.15 UHR
(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta é aperta.
Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

PETERLINI (Sekretär - SVP): (Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale é approvato.

Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Achmüller, Franzelin, Ladurner, Magnago, Mayr e Zingerle.
E' andata via la luce. Sospendiamo la seduta in attesa che ritorni.

ORE 10.30 UHR

ORE 11.10 UHR

PRESIDENTE: Riprendiamo la seduta.
La parola all'Assessore Oberhauser.

OBERHAUSER (Landesrat für Gebietskörperschaften - SVP): Herr Präsident, ich würde den Landtag ersuchen den Gesetzentwurf Nr. 240 "Maßnahmen auf dem Gebiet der Lokal Finanzen" vorziehen zu wollen.

PRESIDENTE: E' stato chiesto di anticipare il disegno di legge n. 246/83. Qualcuno chiede la parola sulla proposta? Nessuno. La pongo in votazione: approvata a maggioranza con 2 astensioni.

Punto 31) all'ordine del giorno: "Disegno di legge provinciale n. 246/83: "Disposizioni in materia di finanza locale".

Punkt 31 der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 246/83: "Maßnahmen auf dem Gebiet der Lokal Finanzen".

Prego dare lettura della relazione accompagnatoria.

OBERHAUSER (Landesrat für Gebietskörperschaften - SVP): Wie bekannt

ist, hat der Landtag mit eigenem Gesetz vom 19. April 1983, Nr. 11, die Bestimmungen auf dem Gebiet der Lokal Finanzen für das Jahr 1983 genehmigt. Diese Maßnahme war notwendig und dringlich, um die Gemeindeverwaltungen in die Lage zu versetzen, die Haushaltsvoranschläge für das laufende Finanzjahr erstellen, genehmigen und somit die im Voranschlag eingeplanten Arbeitsprogramme zur Durchführung bringen zu können.

Bei der Genehmigung des genannten Gesetzes hat der Landtag einigen im Gesetzesdekret vom 28. Februar 1983 Nr. 55 enthaltenen Bestimmungen Rechnung getragen und darauf vertraut, daß die Notverordnung ohne einschneidende oder allefalls mit nur geringfügigen Änderungen in Gesetz umgewandelt wird, um zu vermeiden, daß sich die Notwendigkeit der Erlasses einer weiteren Gesetzesmaßnahme durch den Landtag ergibt.

Die Notverordnung Nr. 55 ist jedoch mit Abänderungen in das Gesetz vom 26. April 1983, Nr. 131 umgewandelt worden.

Die mit dem Gesetz Nr. 131 verfügten Änderungen sind für die Finanzgebarung der Gemeindeverwaltung derart von Bedeutung, daß der Erlaß weiterer Bestimmungen unumgänglich ist. Eine der bedeutendsten Abänderungen ist die Ausdehnung der Bestimmung auch auf die Jahre 1984 und 1985.

Das Land, das auf dem Sachgebiet der Lokal Finanzen sekundäre Gesetzgebungsbefugnis hat, hat die Aufgabe, die entsprechenden staatlichen, ihre Arbeitsprogramme für die Jahre 1984 und 1985 zu erarbeiten und ihnen die notwendige Ausgabenermächtigung zu sichern. Der vom italienischen Parlament eingeschlagenen Ausrichtung folgend, wird vorgesehen, daß auch das Land den Gemeinden in den Jahren 1984 und 1985 dieselben Beiträge zuweisen wird, wie im Jahre 1983, aufgrund des eigenen Gesetzes vom 19. April 1983 Nr. 11.

Das Land garantiert außerdem den Gemeinden die Erhöhung der laufenden Einnahmen im Ausmaß der für die Jahre 1984 und 1985 programmierten Inflationsrate. Diese Garantie ist allerdings an die Bedingung geknüpft, daß die Gemeinden alle Maßnahmen treffen, die für die Anwendung und die Realisierung aller Einnahmen im Höchstmaß notwendig sind, wie sie von der Staatlichen-Regionalen-oder Landesgesetzgebung festgesetzt sind oder werden.

Was die Höhe der im Gesetzentwurf vorgesehenen Ausgabe betrifft, die für die Jahre 1984 und 1985 zu Lasten des Landes gehen, können diese nur für die bereits festgesetzten Ergänzungsbeiträge bestimmt werden, wie sie aufgrund des Artikels 1 des Landesgesetzes vom 19. April 1983 Nr. 11 im laufenden Jahr den Gemeinden zugewiesen werden. Diese Ausgaben betragen für jedes Jahr rd. 52.000.000.000 Lire.

Die Deckung der weiteren Ausgaben deren Höhe erst nach Abrechnung festgestellt werden kann, erfolgt mittels Verwendung eines Teiles der Finanzmittel des Landes die vom Staate unter dem Titel Lokal Finanzen dem Land zugewiesen werden.

Die Artikel des Gesetzentwurfes sehen im einzelnen folgendes vor.

Der Artikel 1 bestimmt, daß die Gemeinden sich an der Ausarbeitung des Landesentwicklungsplanes beteiligen und daß sie ihre Entscheidungen für die Verwirklichung der eigenen Programme nach Prioritäten zu treffen haben.

Der zweite Absatz sieht vor, daß die Gemeinden, die zur Erstellung

eines Mehrjahreshaushaltes verpflichtet sind, dem Haushaltsvoranschlag eine programmatischen Bericht beifügen müssen, der sich über den Zeitabschnitt des Mehrjahreshaushaltes der Autonome Provinz erstreckt.

Der Artikel 2 setzt das Ausmaß der für die Jahre 1984 und 1985 den Gemeinden zuzuweisenden gleichbleibenden Beiträge fest und bestimmt den Termin für die Überweisung derselben.

Der Artikel 3 sieht die Zuerkennung von Passivzinsen an die Gemeinden für den Fall vor, daß die Auszahlung der Zuweisungen nach Art. 2 mit Verspätung erfolgt und bestimmt die Voraussetzungen für das Anrecht der Zuerkennung der besagten Passivzinsen.

Der erste Absatz des Artikels 4 sichert den Gemeinden die Erhöhung der laufenden Einnahmen im Ausmaß der für die Jahre 1984 und 1985 programmierten Inflationsrate zu. Der zweite Absatz des Artikels 4 setzt die Bedingungen fest, die erfüllt werden müssen, damit die im ersten Absatz vorgesehene Garantieleistung wirksam wird. Der dritte Absatz des Artikels 4 bestimmt die Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, damit die im ersten Absatz dieses Artikels zugesicherte Einnahme ausbezahlt werden kann.

Der Artikel 5 beinhaltet die Bestimmung aufgrund welcher der Darlehensfluß seitens der Depositenkasse zugunsten der Gemeinden auch für die Jahre 1984 und 1985 verlängert wird. Es ist eine Koordinierung zwischen Staat und Provinz für die Festlegung des Programmes und des Gesamtbetrages vorgesehen. In Erwartung dieses Programmes wird die bisherige Vorgangsweise nicht unterbrochen.

Der erste Absatz des Artikels 6 sieht die teilweise Übernahme der Tilgungsraten für die in den Jahren 1984 und 1985 zur Finanzierung der im Artikel selbst angeführten Bauvorhaben aufgenommenen Darlehen zu Lasten des Landeshaushaltes vor. Der zweite Absatz bestimmt, daß die im ersten Absatz angeführten Einschränkungen hinsichtlich der Bauvorhaben auch für die von der Gemeinde im Jahre 1982 aufgenommenen Darlehen mit Amortisationsbeginn im Jahre 1983, und deren Tilgung zu Lasten des Landeshaushaltes geht, gelten.

Der Artikel 7 sieht vor, daß das Land die Tilgung von den in den Jahren 1984 und 1985 auch bei anderen Kreditinstituten als der bei der Depositenkasse aufgenommenen Darlehen, in dem vom Artikel 6 bestimmten Ausmaß und angeführten Bauvorhaben, übernimmt. Der zweite Absatz des Artikel 7 sieht vor, daß die diesbezügliche Ausgabe keinesfalls höher sein darf als die Tilgungsrate eines bei der Depositenkasse in gleicher Höhe aufgenommenen Darlehens. Der dritte Absatz bestimmt, daß die Tilgung für die nach dem 1. Jänner 1985 aufgenommenen Darlehen mit Eigenmitteln und ohne jedwede Belastung für den Landeshaushalt gedeckt werden muß.

Der Artikel 8 schreibt vor, daß für die genehmigten Projekte der öffentlichen Arbeiten die Finanzierung der Gesamtkosten angegeben und für die zur Vergebung gelangenden Abschnitte oder Baulose die entsprechende finanzielle Abdeckung gewährleistet sein muß. Der zweite Absatz des Art. 8 bestimmt den Prozentsatz der nicht überschritten werden darf, für die Kosten von Abänderungs- oder Zusatzprojekten, die nicht aus einer Preisrevision oder Preisangleichung herrühren.

Der Artikel 9 sieht für die Gemeinden die Möglichkeit vor, kurzfristige Darlehen bis zu einem Betrag in gleicher Höhe der im Sinne der Landesgesetzgebung zugesprochenen Beiträge, bei anderen Kreditinstituten als der Depositenkasse aufzunehmen. Die Rückzahlung dieser Darlehen wird durch Beschluß des Landesausschusses gewährleistet, mit welchem der Beitrag gewährt wird. Der zweite Absatz des Artikels 9 sieht vor, daß das Land die Rückzahlung der im ersten Absatz angeführten Darlehen direkt vornehmen kann. In diesem Falle wird der Beitrag dem Kreditinstitut, welches das Darlehen gewährt hat, direkt überwiesen.

Der Artikel 10 gibt die Deckung der sich für jedes der Jahre 1984 und 1985 ergebenden Ausgaben an und verweist darauf, daß mit dem jährlichen Finanzgesetz des Landes die entsprechenden Lasten betragsmäßig festgesetzt werden.

Der Artikel 11 enthält die Dringlichkeitsklausel für das Inkrafttreten des Gesetzes.

Dies vorausgeschickt und in Anbetracht der Wichtigkeit der in diesem Gesetzentwurf vorgesehenen Bestimmungen, wird erwartet, daß das Gesetz vom Landtag ohne Verzögerung genehmigt wird.

Come é noto il Consiglio provinciale con propria legge del 19.4.1983, n. 11, ha approvato le disposizioni in materia di finanza locale per l'anno 1983. Il provvedimento era necessario e urgente per porre in grado le amministrazioni comunali di elaborare ed approvare i bilanci di previsione per il corrente esercizio finanziario e di rendere quindi possibile l'attuazione del programma delle attività previste nel bilancio stesso.

Per l'emanazione della predetta legge il Consiglio provinciale ha tenuto conto di talune disposizioni contenute nel decreto legge del 28 febbraio 1983, n. 55, confidando peraltro che detto decreto sarebbe stato convertito in legge senza subire modifiche di rilievo e comunque non di tale entità da rendere necessario l'adozione di un ulteriore provvedimento da parte dell'organo legislativo della Provincia stessa.

Il Decreto legge n. 55 é stato convertito con modificazioni nella legge 26.4.1983, n. 131.

Le modifiche apportate dalla legge n. 131 sono di tale rilievo per la gestione finanziaria delle amministrazioni comunali da rendere necessaria l'emanazione di ulteriori disposizioni. Una delle più significative modifiche é l'estensione dell'efficacia delle disposizioni anche per gli anni 1984 e 1985.

La Provincia, in base alla propria competenza legislativa secondaria in materia di finanza locale, ha il compito di adeguare le relative disposizioni statali per assicurare ai Comuni la possibilità di programmare l'attività da svolgere negli anni 1984 e 1985 e di garantire loro una capacità gestionale rispondente ai bisogni. Seguendo l'indirizzo deciso dal Parlamento italiano, viene previsto che la Provincia assegni ai Comuni anche per gli anni 1984 e 1985 gli stessi importi spettanti per il 1983 in base alla propria legge del 19.4.1983, n. 11.

La Provincia garantisce inoltre ai comuni l'aumento delle entrate correnti in misura corrispondente al tasso programmato di inflazione per ciascuno degli anni 1984 e 1985.

Tale garanzia è tuttavia subordinata all'adozione di tutti i provvedimenti necessari da parte dei Comuni per l'utilizzo e la realizzazione di tutte le entrate nei limiti massimi come sono o come saranno stabiliti dalle leggi statali, regionali o provinciali. Per quanto riguarda l'entità della spesa complessiva prevista nel disegno di legge risultante a carico della Provincia per gli anni 1984 e 1985 essa è quantificabile soltanto per la parte delle assegnazioni fisse già spettanti ai Comuni per il corrente esercizio in base all'art. 1 della legge provinciale 19.4.1983, e che ammonta per ogni anno a ca. L. 52.000.000.000.

Alla copertura delle ulteriori spese, che saranno quantificabili soltanto a consuntivo, si provvederà mediante utilizzo di una quota delle assegnazioni dello Stato spettanti alla Provincia sul riporto del fondo attribuito per la finanza locale. I singoli articoli del disegno di legge prevedono quanto segue.

L'art. 1 prevede la partecipazione dei Comuni alla elaborazione del programma provinciale di sviluppo e le scelte prioritarie che devono essere operate la realizzazione dei propri programmi. Il secondo comma prescrive che i comuni obbligati alla redazione del bilancio pluriennale devono allegare al bilancio di previsione una relazione previsionale programmatica per il periodo considerato dal bilancio pluriennale della Provincia autonoma.

L'art. 2 stabilisce l'entità delle assegnazioni fisse da corrispondere negli anni 1983 e 1984 e i termini dei relativi versamenti ai Comuni.

L'art. 3 prevede il riconoscimento di interessi passivi a favore dei comuni nel caso di versamento ritardato delle assegnazioni di cui all'art. 2 e stabilisce i presupposti per il diritto al riconoscimento di detti interessi passivi.

Il primo comma dell'art. 4 prevede la garanzia della Provincia per l'aumento delle entrate correnti nella misura del tasso programmato di inflazione per ciascuno degli anni 1984 e 1985.

Il secondo comma stabilisce le condizioni per l'edempimento della garanzia di cui al primo comma. Il terzo comma dell'art. 4 stabilisce i presupposti richiesti, affinché possa essere erogata l'entrata garantita ai comuni dal primo comma del presente articolo.

L'art. 5 è una norma con la quale viene prorogato per gli anni 1984 e 1985 l'afflusso dal mutuo della Cassa depositi e Prestiti ai Comuni della provincia di Bolzano. E' previsto un coordinamento tra Stato e Provincia per la definizione del programma e della somma complessiva da attribuire. In attesa del programma la prassi finora seguita non viene interrotta.

Il primo comma dell'art. 6 prevede l'assunzione parziale della spesa per le rate di ammortamento dei mutui contratti negli anni 1983 e 1984 dai comuni per il finanziamento delle opere elencate nell'articolo stesso. Il secondo comma stabilisce che le limitazioni delle opere indicate al primo comma valgono anche per i mutui assunti dai Comuni nel 1982 con inizio del-

l'ammortamento nel 1983, che è assunto a carico del bilancio della Provincia.

L'art. 7 prevede che la Provincia si assuma l'onere per mutui assunti per gli anni 1983 e 1984 presso gli istituti di credito diversi dalla Cassa Depositi e Prestiti nella misura e per le opere indicati all'art. 6.

Il secondo comma dell'art. 7 stabilisce che l'onere stesso non può comunque essere superiore alle rate di ammortamento di un mutuo di pari importo assunto presso la Cassa Depositi e prestiti. Il terzo comma stabilisce che l'onere di ammortamento per i mutui contratti dai Comuni a decorrere dal 1 gennaio 1985 deve essere fronteggiato senza alcun aggravio per il bilancio della Provincia.

L'art. 8 prescrive l'indicazione del finanziamento per intero costo delle opere pubbliche dei progetti approvati e la garanzia della relativa copertura finanziaria per lo stralcio o il lotto da appaltare. Il secondo comma dell'art. 8 determina la percentuale che l'importo delle perizie di varianti o suppletive ai progetti approvati, che non dipendono da revisioni aggiornamento di prezzo, non può superare.

L'art. 9 prevede la facoltà per i Comuni di assumere presso istituti di credito diversi dalla Cassa Depositi e Prestiti mutui a breve scadenza per un importo pari all'ammontare delle somme attribuite al Comune per investimenti ai sensi della legislazione provinciale. La restituzione di detti mutui viene garantita dalla deliberazione della Giunta provinciale con la quale è assegnato il contributo. Il secondo comma dell'art. 9 prevede che la Provincia può provvedere all'estinzione dei mutui indicati al primo comma versando i contributi assegnati direttamente agli istituti di credito mutuantanti.

L'art. 10 indica come si provvede alla copertura della spesa a carico di ciascuno degli esercizi finanziari 1984 e 1985 e rinvia per quanto riguarda la quantificazione della spesa stessa alla legge finanziaria annuale della Provincia.

L'art. 11 contiene la clausola d'urgenza per l'entrata in vigore della presente legge.

Ciò premesso e considerata l'importanza delle norme previste nel presente disegno di legge si auspica la sollecita approvazione della legge stessa da parte del Consiglio provinciale.

PRESIDENTE: Prego dare lettura della relazione della Commissione.

VALENTIN (SVP): Am 21. Juni 1983 ist die dritte Gesetzgebungskommission zusammengetreten, um den oben angeführten Gesetzentwurf zu prüfen.

An der Sitzung nahm außerdem der Landesrat für Lokalkörperschaften, Karl Oberhauser, teil.

Die Kommission genehmigte einstimmig den Übergang zur Sachdebatte, die Artikel sowie den Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit.

In data 21 giugno 1983 si è riunita la terza Commissione Legislativa

per esaminare il succitato disegno di legge.

Alla seduta ha inoltre preso parte l'assessore agli enti locali, Karl Oberhauser.

La Commissione ha approvato all'unanimità il passaggio alla discussione articolata, gli articoli ed il disegno di legge nel suo complesso.

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale. La parola al consigliere Costalbano.

COSTALBANO (NS-NL): Signor Presidente, prendo la parola per esprimere la mia perplessità in ordine al fatto che dati i tempi brevissimi tra la consegna del disegno di legge, la relazione della commissione, considerato il contesto nel quale si sta svolgendo il lavoro del Consiglio in questo momento, i tempi così ristretti ecc. non danno la possibilità di una valutazione complessiva e quindi una valutazione dell'incidenza della legge nei confronti delle amministrazioni comunali. Lo dico perché siamo entrati in un clima...

PRESIDENTE: Di che commissione parla?

COSTALBANO (NS-NL): Di quella della terza commissione.

PRESIDENTE: Non occorre relazione quando il disegno di legge è approvato all'unanimità.

COSTALBANO (NS-NL): Mi scuso. In ogni caso le possibilità di una valutazione sono abbastanza ridotte proprio per l'impossibilità di seguire i disegni di legge che vengono presentati e discussi tanto in commissione che in aula.

Ricordo molto bene che c'è stata in quest'aula una polemica molto accesa alla quale io ho contribuito abbastanza sostanzialmente circa il fatto che il disegno di legge che riguardava la finanza locale a quel tempo era anticipato rispetto quella che poteva essere la decisione definitiva da parte del Parlamento italiano sulla conversione in legge del decreto governativo. Infatti gli eventi danno ragione a me circa il fatto che allora se il Consiglio provinciale avesse atteso qualche giorno avrebbe potuto arrivare a stabilire un orientamento molto più preciso e oggi questo disegno di legge sarebbe stato superfluo. Il Consiglio provinciale ha approvato il 19 aprile la legge n. 11 e il decreto legge n. 55 è stato convertito con la legge del 26.4.1983, n. 131. C'è quindi una distanza minima fra il momento in cui il Consiglio provinciale ha approvato la legge riguardante la finanza locale e la conversione in legge del decreto. Le valutazioni date allora circa il fatto che il decreto sicuramente avrebbe avuto delle modifiche e da parte dell'Assessore si sosteneva che il decreto aveva possibilità di passare così, poi le informazioni che venivano fornite in Consiglio che la conversione del decreto sarebbe

stata anche abbastanza veloce e quindi dava la possibilità all'Assessore e al Consiglio di dare una valutazione complessiva del problema avrebbe consentito di affrontare complessivamente il problema e quindi di non spezzare la legge in due parti e costringere i comuni ad operare in situazioni diverse. A parte questo ci sono alcuni aspetti che mi hanno colpito favorevolmente e mi soffermo su questi perché per gli altri non ho la possibilità effettiva di fare una valutazione circa l'incidenza degli altri provvedimenti in merito alla finanza locale.

Un aspetto positivo è quello dei piani triennali che devono coincidere tra gli interventi dei comuni e quello della Provincia. Credo che sia importante perché su questo terreno c'è la possibilità di una programmazione. Certamente ci sono i limiti della programmazione che non sono più legati ai tempi e alle previsioni ma alla scarsità delle previsioni, perché se le previsioni sono di 52 miliardi sia pure aggiornati ai termini dell'inflazione credo che i comuni possano programmare più che altro le spese correnti, perché sappiamo che a questo punto le spese per gli investimenti sono destinate costantemente ad una diminuzione. Ciò malgrado è un passettino in avanti che inserendo il tutto in un piano triennale dà ai comuni la possibilità di una previsione.

Altro elemento positivo è quello del rimborso ai comuni degli oneri passivi che hanno sull'assunzione dei mutui per far fronte ai ritardi che la Provincia dà nei finanziamenti ai comuni dovuti poi ai ritardi dello Stato. L'incidenza dei Comuni per gli interessi passivi, a parte che hanno sempre maggiori difficoltà a contrattare con gli istituti di credito è un onere pesante, perché stante la ristrettezza di mezzi che ha il comune, la limitatezza della politica di entrate, il ricorso costante alle anticipazioni di cassa che sono particolarmente costose, limitano di molto il bilancio del Comune. Riconosco in questo senso un passo positivo perché effettivamente alleggerisce i comuni da una posizione di estrema debolezza. Non nascondo però che per godere di questo vantaggio il comune deve assolvere a tutta una serie di obblighi che sono di carattere poco autonomistico dell'amministrazione comunale, perché se il comune deve applicare tutta una serie di provvedimenti che vanno dalla tassa sulla casa, al bilancio ecc. tutta una serie di provvedimenti che vanno rispettati per cui poi si può godere di questo vantaggio. A questo punto sempre di più c'è la tendenza in atto a parte quella generale complessiva di strozzare l'autonomia dei comuni.

Questo è nel complesso un fatto positivo, che i comuni possano essere rimborsati di spese per quanto riguarda l'interesse sui mutui e sui prestiti a breve termine. Andando avanti valutando altri provvedimenti mi sembra positiva la questione di un rapporto nuovo che si instaura fra Comuni, Provincia e Cassa depositi e prestiti attraverso un intervento più programmato dei bisogni e delle esigenze, non riesco a capire la portata di questo provvedimento perché il problema è di riuscire a fare una quantificazione. Posso capire che l'intervento può essere rilevante in modo qualitativo però sul piano della quantità è questo il problema e qua sor-

ge la domanda se questi interventi hanno poi della sostanza effettiva perché se ci fosse un blocco come c'è stato tempo fa dei mutui presso la Cassa Depositi e Prestiti, alcuni provvedimenti risulterebbero svuotati nel loro contenuto reale. Faccio queste considerazioni sapendo benissimo che non sono in grado di dare una valutazione precisa in ordine a queste cose.

Complessivamente in questo disegno di legge ci sono degli interventi che possono essere valutati favorevolmente. Ritengo che però una valutazione più approfondita circa la qualità e la quantità di questi interventi siano ancora non ben delineati e solo nel decorso dell'applicazione della legge si potrà fare una valutazione effettiva. Sarò attento a sentire un ulteriore approfondimento se l'Assessore lo ritiene opportuno, in ordine ai risultati complessivi che questo disegno di legge può dare in rapporto alle esigenze dei comuni che si trovano in una situazione di estrema difficoltà. E in questo senso sarò attento a fare una valutazione più approfondita e più precisa. In ogni caso rimane per me sempre questa perplessità di non poter svolgere una valutazione complessiva sul disegno di legge e quindi di rilevarne la sua efficacia effettiva.

STECHER (KPI): Die Bestimmungen zu den Lokal Finanzen; mit einigen können wir auch einverstanden sein. Wir sehen allerdings das Problem im weiteren Sinne und hinter diesen Bestimmungen sehen wir auch und in Wirklichkeit den Gemeinden von den allgemeinen staatlichen und lokalen Geldbeutel ausgeschüttet wird. Hier sind wir, daß den Körperschaften nicht das gebührende Anrecht so anerkannt wird und die Mittel, die bis heute ausgegeben worden sind, nicht ausreichend sind, um einige dringende Probleme zu bewältigen. Wir sind einverstanden, wenn gesagt wird, diese Ausgaben müssen getätigt werden im Rahmen von gewissen Prioritäten. Wir können nicht einverstanden sein, wenn man nur auf den Landesentwicklungsplan hinweist, der in gewissen Dingen schon überholt ist und vor allem in einigen entscheidenden Ausrichtungen. Damit können wir nicht einverstanden sein. Wenn in Vergangenheit das Geld bescheidener ausgegeben worden ist, so wurde das Geld auch nicht immer rationell quantitativ ausgegeben. Die Landesregierung hat einen Modus von einem Aufteilungsschlüssel beschlossen und der Landtag in seiner Mehrheit, mit dem wir nicht einverstanden sind und an diesem Kriterium hat man sich bisher immer noch gehalten und hier ist es zu den absurdesten Investitionen auch gekommen. In manchen Gemeinden fehlen die notwendigsten Voraussetzungen für gewisse dringende Dienste und in anderen Gemeinden, um hier nicht Beispiele zu sagen, geht man über, manchmal die absurdesten Einrichtungen zu machen, die wirklich nicht in dieser schweren Zeit, wo die Gelder knapper werden, zu investieren. Also, wir sind nicht mit dem Aufteilungsschlüssel einverstanden nach Bevölkerung, Territorium usw. wie es bisher gehandhabt worden ist und in diesem Sinne hat man auch nicht Rechnung getragen der Priorität, der verschiedenen Probleme. Mit diesen Finanzbestimmungen geht man auf diesen Weg weiter und deshalb können wir diese Ausrichtung dieser

zukünftigen Finanzierung der Gemeinden, die für uns absolut nicht der Zeit entsprechen, auch nicht unsere Zustimmung geben.

ERSCHBAUMER (SPS): Bei der Behandlung solcher Gesetze läuft man Gefahr Äußerungen zu wiederholen, die es in den vergangenen Jahren immer wieder gegeben hat. Aber die Probleme sind wahrscheinlich geblieben und da muß man sie auch wieder ansprechen. Hier bin ich der Meinung, auch wenn es nicht unbedingt immer in der Kompetenz des Landes ist, aber trotzdem grundsätzlich aussagen zu müssen, daß hier immer noch die Frage offen ist, ob ein grundsätzliches Neuüberdenken, was die Lokalkörperschaften anbelangt, zu machen ist oder nicht. Es wurden vielleicht in anderen Orten viele Fehler in diesem Zusammenhang gemacht und bei uns hat man durch Nichtstun, also auch nicht durch Zusammenlegen von Gemeinden, hat man eigentlich nichts angestellt. In der Tat geht es ja darum, daß man womöglich den Gemeinden viel Autonomie zurück gibt, wenig verbürokratisiert, also das abbaut, mehr Bürgernähe gibt, aber das alles auf einen Nenner zu bringen, das ist wahrscheinlich das Schwierigste. Denn gleichzeitig, wenn ich mehr Autonomie den Gemeinden gebe, dann denkt ja nicht mehr ein anderer für sie, heute denken wir für die Gemeinden ziemlich mit und machen sie teilweise dafür zum Handlanger, weil sie Verpflichtungen übernehmen müssen, wie wir sie beschließen, was vielleicht die Gemeinden kritisieren. Aber umgekehrt, würden wir das nicht tun, dann müßten sie selber Verantwortung übernehmen und selber denken usw. Also, es gibt immer Vorteile und es gibt immer Nachteile. Ich sage, hier einen gemeinsamen Nenner zu finden wird wahrscheinlich schwierig sein. Nur in diesem Zusammenhang die Forderung zur Erneuerung, daß wir eine, teilweise versucht man es ja, auch mit den letzten Dekreten, die in diesem Jahr gemacht worden sind, teilweise Finanzautonomie zurückzugeben, also einige Steuern, die sie selbst beschließen usw. Das ist aber nicht der Weg, den wir uns wünschen, denn hier darf ich wiederholen, daß ich der Meinung bin, dort wo es um übergemeindliche Investitionen geht, um übergemeindliche Einrichtungen, ist es vielleicht gar nicht das Beste, wenn die Gemeinden selber die Finanzhoheit haben, denn sonst gibt es diese übergemeindlichen Einrichtungen nicht, die vielleicht für die Gemeinschaft, für die Talschaft, für die Bezirksgemeinschaften notwendig sein würden. Das sehe ich ganz klar. Da gibt es auch Beispiele und ich nenne sie, die Gemeinden in Graubünden, wo jede Gemeinde so viel Autonomie hat, daß sie alles an sich beschließen und entscheiden kann, in Form auch einer Volksabstimmung, so daß der Bundesstaat überhaupt nicht eingreifen kann, wenn ein mehrheitlicher Beschluß da ist. Das kann natürlich dann auch verhindern, daß übergemeindliche Einrichtungen geschaffen werden. Aber auch hier gibt es Vorteile und Nachteile. Die Vorteile sind darin, daß die Gemeinde autonom entscheidet, was in ihrem Gebiet gebaut wird oder durch ihren Gebiet gebaut wird, sei es Straßen oder Hochspannungsleitungen, usw. Aber andererseits verhindert sie auch dann das Positive, was die Gemeinschaft einfach braucht, denn wenn alle Nein sagen würden, dann würde sich gar

nichts Positives entwickeln können. Wie gesagt, immer das Auge offen auch für die positive Entwicklung.

Nun, die Provinz Trient ist einen Schritt weiter gegangen, was die Talgemeinschaften, was die Bezirksgemeinschaften anbelangt, bei uns wartet man noch ab, wir werden sehen, ob es Vorteile hat, daß wir abwarten, daß wir sehen, wie es dort funktioniert, ob das nur mehr Bürokratie gebracht hat und nicht mehr Bürgernähe für die Bevölkerung. Wenn das nicht der Fall ist, dann glaube ich, hat sich das Warten gelohnt, rentiert und daher kann man auch für ein solches Abwarten Verständnis haben, wenn man aufgrund solcher Überlegungen das Abwarten voranstellt. Ich persönlich war immer der Meinung, daß man eine stärkere Mitbeteiligung der Bevölkerung machen sollte. Z.B. sieht hier der Art.6 vor, daß sich das Land an der Finanzierung bei Fügungsraten beteiligt und wird aufgeschlüsselt bei welchen Maßnahmen. Ich glaube, auch das ist einerseits deutlich und klar, wie es aufgeschlüsselt ist, wie man ganz offen sagt, für diese Punkte in diesen Fällen wird das und das geleistet und da muß ich sagen, ist es eigentlich von einen der wenigen Gesetze, wo eine solche Offenheit und Klarheit dargelegt wird, wo man ganz aussagt, in diesen Fällen wird das und das gemacht. Von daher, von dieser Offenheit her begrüße ich das, aber gleichzeitig muß ich sagen, auch hier ist ein Fuß immer in der Tür, ob das die richtige Methode ist, das muß ich auch wieder bezweifeln, daß man sagt, ich beteilige mich da in diesen und jenen Fällen, dann kann eben die Gemeinde auch kalkulieren, daß, wenn etwas schiefgeht ist das Land immer auch mitbeteiligt, also nicht allein verantwortlich.

In vielen Fällen, wo wir die Gemeinden aufgrund der Kompetenzen, die wir haben, also die die Region hat, wo wir die Gemeinden verpflichten können, ist es leider in vielen Gemeinden draußen auch so, da es heißt, gegenüber der Bevölkerung oder der Bürgermeister oder der Gemeindeausschuß gegenüber den Gemeinderat sagt, wir sind verpflichtet aufgrund der und jener Gesetze das und das zu machen, da gibt es gar nichts wie einfach zustimmen. Da gibt es schon Fälle, wo man dann deutlich sieht, daß die Autonomie den Gemeinden einfach nicht gegeben ist. Auch hier im Landtag haben manchmal Gesetze, wo es heißt, wir können nicht anders wie zustimmen, denn aufgrund des Staatsgesetzes müssen wir das einfach annehmen. Das ist etwas was mich stört, sei es was im Landtag ist, sei es was in den Gemeinden ist. Wenn die Gemeinden Beschlüsse machen müssen, weil es ein Gesetz vorsieht, dann ist es nicht mehr etwas Autonomes, was ein Gemeinderat entscheiden kann, sondern er ist sozusagen aufgrund eines Gesetzes verpflichtet hier eine Entscheidung treffen zu müssen. Das muß man sich überlegen, ob man solche Maßnahmen setzen kann gegenüber einer anderen Körperschaft. Was den Aufteilungsschlüssel anbelangt, was mein Vordredner Stecher kritisiert hat, er hat es in früheren Jahren auch begründet und wenn ich mich richtig erinnere, war die Begründung mehr auf die größeren Orte abgemünzt, aber heute hat er eher erwähnt, daß absurde Investitionen gemacht werden aufgrund dieser Mittel, die sie dafür bekommen und das kann tatsächlich auch dazu beigetragen haben, wenn man so manche

Objekte in den Orten draußen sieht, dann wirken die vielleicht doch etwas störend, was in den letzten Jahren da gemacht wurde, nur weil eben genügend Mittel vorhanden waren. Vielleicht ist es auch da so, daß es schwierig war einen Mittelweg zu finden, denn der tüchtige Bürgermeister, der tüchtige Gemeinderat hat sich gekümmert, hat sich gewehrt und hat eben etwas hingestellt, was vielleicht in späteren Jahren sich herausstellen wird, daß die Folgekosten derart sind, daß es nachteilig war, daß man ihnen aufgrund dieses Aufteilungsschlüssels so viele Mittel zur Verfügung gestellt hat. Das kann man auf Anhieb nicht immer ganz klar absehen. Aber wenn man mindestens jetzt zur Einsicht kommt, zur Kenntnis kommt, dann glaube ich, ist schon viel erreicht, daß wir diese Fehler für die Zukunft nicht mehr in diesem Ausmaß mindestens machen werden. Wie gesagt, einigen vorgesehenen Maßnahmen kann man auch zustimmen, mit allen kann ich mich nicht zufrieden geben, ich werde mich also bei einigen Artikeln der Stimme enthalten.

OBERHAUSER (Landesrat für Gebietskörperschaften - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, ganz kurz zu den einzelnen Stellungnahmen, die gekommen sind zu diesem Gesetzesentwurf. Der Kollege Costalbano hat erinnert, daß bei der Verabschiedung des Lokalfinanzgesetzes im heurigen Jahr hier im Landtag eine Polemik entstanden ist und das stimmt und er sagt, daß diejenigen, die behauptet haben, daß wir zu früh dieses Gesetz aufgelegt haben, die hätten recht behalten. Seien Sie mir nicht böse, Kollege Costalbano, daß ich genau das Gegenteil behaupte. Ich bin froh und wir haben auch von seiten des Gemeindenverbandes, von seiten der einzelnen Gemeindevertretung und der Bürgermeister Dank und Anerkennung geerntet, daß wir schnellstens ein Gesetz hier verabschiedet habe, sobald wir überhaupt eine gesetzliche Grundlage gefunden hatten, mit der ersten Notstandsverordnung, ohne abzuwarten, bis diese Notstandsverordnung umgewandelt wurde ins Gesetz. Wir haben dadurch kostbarste Zeit gewonnen und damals ist auch hier behauptet worden, ein solches Gesetz wird der Zentralregierung nie durchgehen können, so lange nicht die Notstandsverordnung ins Gesetz umgewandelt wurde. Unser Gesetz ist trotzdem in Kraft getreten, hat die Voraussetzung gebracht und den Vorteil gebracht, daß die Gemeinden sofort an die Realisierung der Haushalte schreiten konnten und daß bereits die Gemeinden alle einen Haushalt verabschiedet hatten, als das Dekret in Gesetz umgewandelt wurde. Also damit wurden kostbarste Monate und Wochen gewonnen und besonders in einer Krisenzeit ist es wichtig, daß, und wenn man von der Beschäftigung spricht und wir bekennen uns alle für die Beschäftigungspolitik, Voraussetzung für eine Beschäftigungspolitik ist, daß die Lokalkörperschaft einen Haushalt haben, denn sonst können sie keine Arbeiten vergeben. Und insofern haben wir wirklich gut daran getan, daß wir das Lokalfinanzgesetz sofort verabschiedet haben. Es ist auch von der Zentralregierung in Kraft getreten und nur, weil bei der Umwandlung ins Gesetz einige Neuerungen eingeführt worden sind, mußten wir die jetzt mit einem Nachfolgegesetz ergänzen. Erstens ist es

dreijährig geworden und deswegen müssen wir es auch dreijährig auslegen und haben dann einige Verbesserungen noch dazu gebracht. Womit die Gemeindeverwalter keine Freude gehabt haben, war gerade das, was man immer wieder begrüßt, wenn die Rede ist, daß die Gemeinden die Steuerhoheit zurückbekommen sollten, zu der ich mich persönlich auch bekenne, aber gerade damit hatten und haben die Gemeindeverwalter keine Freude, wenn sie wieder die eigenen Bürger selber besteuern und einstufen müssen. Ich muß allerdings eines sagen, ich habe und wir haben alle eine Ungerechtigkeit in diesem Staatsgesetz gesehen, bei der Einführung der Gebäudezusatzsteuer, die gerade die Kleinsparer getroffen hat und die gestraft worden sind, die sich mit viel Mühe eine Wohnung erworben oder gebaut haben und nur die besteuert werden und nicht auf alle die Ausdehnung gekommen ist, die eine Wohnung besitzen, auf die Hotelbesitzer, auch Bauern und auf die ganze Bevölkerungsschicht, daß es nur eine bestimmte Kategorie getroffen hat. Das hat selbstverständlich in den Gemeindestuben Spannungen erzeugt und es haben andererseits auch manche Gemeindeverwaltungen Schwierigkeiten gehabt einen solchen Beschluß und den Haushalt zu erstellen, weil sie diese Ungerechtigkeit nicht teilen konnten. Nur hat uns die Staatsgesetzgebung keinen Rahmen belassen, wir haben nur eine sekundäre Gesetzgebungsbefugnis auf diesem Sachgebiet und mußten uns dem eben anpassen. Es ist zu erwarten, daß, nachdem diese Gebäudezusatzsteuer ja eigentlich nur einjährig beschlossen worden ist, aufgrund der Staatsgesetzgebung, und man will die IGI einführen, d.h. Inposta Comunale Immobili und dort wird das alle treffen, so daß wenigstens eine gerechtere Aufteilung der Steuern erfolgen wird. Denn so habe ich mich persönlich und wir haben uns innerlich alle dagegen gestreut, gegen eine solche ungerechte Ausrichtung eines Gesetzes. Wenn es alle trifft, dann ist es gerechtfertigt, wenn es nur eine bestimmte Kategorie trifft und besonders noch eine schwächere Kategorie, dann ist es absolut eine Ungerechtigkeit. Aber wir mußten sie so leider weiter übernehmen und die Gemeinden haben wir dadurch in Schwierigkeiten gebracht, nicht durch unser Verschulden, sondern aufgrund der staatlichen Ausrichtung.

Der Kollege Stecher hat geglaubt sagen zu müssen, daß die Mittel nicht ausreichend sind, die die Gemeinden bräuchten. Ich kann dem ohne weiteres und gerne zustimmen, kann allerdings aber auch das Gegenteil behaupten und sagen, daß die Gemeinden goldene Jahre gehabt haben und daß es den Gemeinden noch nie so gut gegangen ist wie in den letzten zehn Jahren, sie haben noch nie so viel Mittel gehabt, wie in den letzten zehn Jahren und die Gemeinden wären froh, wenn sie mit uns einen Pakt abschließen könnten, daß sie auch in den nächsten zehn Jahre mit so viel Mitteln versehen werden könnten.

Ich finde auch einen Widerspruch, wenn man einerseits von der Autonomie der Gemeinden spricht und andererseits dann anprangert, daß also Fehlinvestitionen gemacht worden sind. Wenn man den Gemeinden Mündigkeit zuspricht und sich für die Gemeindeautonomie bekennt, zu der wir uns auch bekennen und unbedingt bekennen wollen, dann muß man den Gemeinden auch

zumuten, daß sie eventuell auch Fehlinvestitionen machen, daß sie auch Fehler machen. Seien wir einmal uns gegenüber selber ehrlich, auch wir machen Fehler, auch bei unseren Gesetzen machen wir Fehler und wenn wir ein Landesgesetz verabschieden, wo Fehlinvestitionen möglich werden, dann wirkt sich das auf das ganze Land aus, bei der Gemeinde wirkt sich das wenigstens nur auf die einzelne Gemeinde aus. Ich bin überzeugt, daß die Kontrolle, die Wählerschaft ist, die Bevölkerung selber und die wird das schon dementsprechend dann auch anprangern, damit solche Fehler nicht wiederholt werden. Aber in der Autonomie ist es auch erlaubt, möchte ich sagen, leider Gottes möglich, daß auch Fehler gemacht werden, sonst wäre ja die Mündigkeit, die Bevormundung da. Also, man müßte alles von oben her kontrollieren und der Gemeinde es geradezu verbieten, daß Fehler gemacht werden. Dann werden immer wieder auch Verwechslungen gemacht, daß diese Ausgaben, die mit diesem Gesetz vorgesehen sind, die sind nur für die laufenden Ausgaben und nicht für die Investitionen vorgesehen, primär.

Ich glaube, wir können wirklich sagen, daß die Gemeindeautonomie mit diesem Gesetz und mit dem sogenannten 27er Gesetz, mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz am meisten ausgebaut worden sind. Dadurch haben die Gemeinden endlich die Möglichkeit gehabt, Prioritäten zu setzen, was sie früher nicht konnten. Jetzt haben sie diese Möglichkeit und wir können auch sagen, der Kollege Rubner und ich, wir können mit ruhigem Gewissen sagen, daß wir diese Gesetze in Koordinierung und in Abstimmung mit dem Gemeindeverband und mit den Gemeinden gebracht haben, also die Gemeinden haben ihre Grenzen selber erkannt, mehr ist momentan an Autonomie nicht möglich und wir sind bis an die Grenze gegangen, die sei selber erkannt haben, daß wir ihnen das Maximum an Autonomie zugebilligt haben und sie erkennen diese Freiheit und diese Autonomie auch voll und ganz an. Und sie bekennen sich zu diesem Gesetz. Sie bekennen sich allerdings auch der ganz großen Mehrheit für den Aufteilungsschlüssel, denn jeder Aufteilungsschlüssel hat Vor- und Nachteile, aber die breite Mehrheit der Gemeinden bekannnt sich zu dem Aufteilungsschlüssel bei beiden Gesetzen.

In bezug auf die Gebietsreformen, die der Kollege Erschbaumer angesprochen hat, bin ich froh, daß wir vorsichtig zu Werke gegangen sind. Er hat sagt, wenn man nichts tut, kann man keine Fehler machen. Wenn man beobachtet, dann glaube ich, ist das manchmal wertvoller, als wenn man sehr schnell reagiert und etwas auflegt, was man dann wiederum bereut es aufgelegt zu haben. Wenn von den Talgemeinschaften in Trient gesprochen worden ist, die diese Materie mit Gesetz geregelt haben, die sind alles eher als glücklich über ihre Regelung. Das habe ich von verschiedenster Seite dokumentiert bekommen, also daß sie über diese Regelung, wie sie sie getroffen haben, nicht zufrieden sind. Wir wären mit dieser Regelung überhaupt nicht einverstanden und unsere Tal- und Bezirksgemeinschaften.

In jüngster Zeit sind Studien angelegt worden von den Bezirksgemeinschaften selber, so daß wir jetzt wenigstens ihre Vorstellungen kennen und ihre Vorstellungen sind eigentlich sehr bescheiden. Die sagen,

man sollte diese Struktur, wie sie auf freiwilliger Basis entstanden ist, so belassen, man sollte nur die Vorschläge, die bis jetzt eingebracht worden sind, die nur Vorschläge waren, sollte man unwandeln in bindende Vorschläge. Das ist praktisch das einzige wesentliche, was sie zu einer Verbesserung sagen, regelt diese Materie gesetzlich, aber geht hier ja nicht zu weit, gibt uns nur die Möglichkeit, daß die Vorschläge, die wir einbringen, bindend sein sollen. Ich glaube, daß man einen solchen Wunsch morgen schon nachkommen sollte und sonst sind sie gar nicht dafür, daß wir große Experimente machen, denn sie sehen ihre Funktion in der Ausrichtung und über die Gebietsreformen und dann lehnen sie auch z.B. die direkte Wahl ab, sie wollen auch weiterhin, so ihre Vorschläge, die sie unterbreitet haben, also eine indirekte Beschickung über den Gemeinderat, wie es bis jetzt gemacht worden ist.

In bezug auf die Gebietsreformen bin ich froh, daß wir nicht auch dem Fehler verfallen sind, wie man ihn in Bayern besonders, in Deutschland allgemein und auch in Österreich in manchen Gebieten gemacht hat, daß man unbedingt hat wollen die kleinen Gemeinden, Zusammenlegungen von Gemeinden propagiert hat und mit Gewalt durchexerziert hat, gleichzeitig aber von mehr Bürgernähe spricht, das ist in meinen Augen geradezu ein Widerspruch, wenn ich von Bürgernähe spreche und die Gemeinden enorm vergrößere, so dann wirklich keine Bürgernähe mehr möglich ist und man jetzt wieder drangeht in Bayern und auch anderorts, daß man sagt, weg von dieser großen Reform und wiederum die Aufteilung in kleinere Gemeinden. Also, dieses Experiment haben wir Gott sei Dank nicht gemacht, wir haben uns zur Struktur, wir haben eine relativ gesunde Struktur in Südtirol zum Vergleich mit dem Trentino, zum Vergleich von Nordtirol bei ungefähr gleicher Größenordnung haben wir nur die Hälfte der Gemeinden, wir haben nur einige Zwerggemeinden und diese drei Zwerggemeinden, die wir haben, die haben wir bewußt auch belassen, die sind sogar unter dem Faschismus selbständige Gemeinden geblieben und so lange sie sich selber imstande waren zu verwalten und sind es imstande zu verwalten, warum soll man ein solche Struktur nicht belassen. Und der Beweis ist noch nicht erbracht worden für mich, daß die Großgemeinden, billiger, effizienter arbeiten als die kleine Gemeinde. Ich habe gesehen, damals, wie noch diese Art der Finanzierung nicht gegeben war, wie die Gemeinden der Reihe nach defizitär geworden sind und von den 116 Gemeinden waren bereits auch in Südtirol 45 defizitär, aber es waren eigentlich alle die Großgemeinden in Schwierigkeiten, die kleinen Gemeinden haben sich viel leichter aufrecht erhalten und sind ausgekommen, weil sie eine sehr sparsame Verwaltung an den Tag gelegt haben. Und wir haben die Effizienz der Verwaltung insofern erleichtert, daß wir alle Gemeinden, und es war der Wille der Landesregierung und der Wille des Landtages, daß wir alle Gemeinden mit einer Datenverarbeitung ausgestattet haben, mit Computersystemen ausgearbeitet haben und diese Effizienz ist bei den Bürgern sehr gut angekommen und da wirklich jeder Bürger davon Vorteile gezogen hat und das ist von allen Gemeindeverwaltungen sehr positiv aufgenommen worden. So daß wir im Rah-

men unserer sekundären Zuständigkeit, die wir haben, eine Ausrichtung hier getroffen haben für die Gemeinden, mit der sie einverstanden sind und wo sie hoffen, daß diese Ausrichtung nicht restriktiver wird, sondern daß wir in der Möglichkeit bleiben können weiterhin mehr Autonomie abzugeben, wozu auch der politische Wille gegeben ist, insofern die Staatsausrichtung diesen Weg gehen wird.

STECHER (KPI): Es sei mir noch erlaubt einige Worte zu den Ausführungen des Landesrates zu sagen. Er sagte ich stehe in Widerspruch zur Gemeindeautonomie mit meinen Aussagen, wenn ich sage Fehlinvestitionen usw. Natürlich kann man über Gemeindeautonomie verschiedener Auffassung sein und die verschiedenste Interpretation geben. Allgemein, das sagen wir nicht, das sagt der Gemeindeverband, unsere Gesetzgebung im allgemeinen auf gewissen Gebieten hat die Gemeindeautonomie in unseren gemachten Gesetzen hier sehr eingeschränkt. Gemeindeautonomie will da nicht heißen Anarchismus, Verplemperung der Gelder und all dies. Sie werden selber einige dieser Beispiele kennen. Um ein Beispiel zu sagen, ich wollte nicht, aber nachdem man mich herausgefordert hat, muß ich hier auch Stellung nehmen. Zu den staatlichen Maßnahmen hat man gesagt, wir müssen uns anpassen. Wie anpassen? Hat man den Gemeinden vielleicht gesagt, ihr könnt zwischen dem Minimum und dem Maximum wählen? Nein, die Richtlinie hat man hier gestellt, das Maximum anzuwenden. Obwohl nicht alle Gemeinden sich daran auch dann gehalten haben wie die Stadtgemeinde Bozen, die hat nicht 18, 20% der Gebäudemehrwertsteuer angewendet, sondern nur 12 oder 13%. Also es ist schon ein Unterschied, daß sich eine Gemeinde auch dann gewehrt hat und nicht dem gefolgt ist, was hier im Landtag beschlossen worden ist. Hier ist man vom Maximum ausgegangen durch die politische Weisung und dann kennen wir einige Richtlinien in den Gemeinden, was man gesagt hat, zu den Bürgermeistern, wenn ihr das Geld haben wollt, dann müßt ihr das Maximum anwenden.

Ich glaube, Herr Landesrat Oberhauser, wir werden etwas vorsichtiger sein müssen. Die Gemeinden haben alle Geld genug gehabt, die waren glücklich und die würden unterschreiben. Freilich, bis vor zwei drei Jahren hatten die Gemeinden Geld. Die Gemeinden sind sehr verschuldet und einige haben jetzt einige Dinge im Kopf, die zu großen Verschuldungen führen können. Der Schuldenberg unserer Gemeinden wird in so manchen Orten zunehmen und es ist absolut nicht die Lage und die Situation und die politische Gegebenheit hier in dieser Beziehung eine tröstende Meinung abzugeben.

Nun zur Fehlinvestition. Sehen Sie, das sage nicht ich, Sie kennen den Fall persönlich selber. Die Gemeinde Montan will eine Fehlinvestition machen, wo es 800 Großbürger gibt. Ich sage Großbürger, Leute die wählen können. Sie wissen selber, daß über 500 dieser Großbürger ein Protestschreiben unterzeichnet haben, das sie dem Land zugesandt haben, weil sie nicht wollen, daß in der Gemeinde einige Fehlinvestitionen usw. gemacht werden. Fehlinvestitionen, die heute schon demnächst in Angriff genommen

werden sollen, abgesehen von absurden Dingen, daß man in einem Ortszentrum nicht mehr eine Feuerwehrrhalle baut, sondern am Rande einer Gemeinde. Das ist eine Selbstverständlichkeit um Beweglichkeit der Feuerwehr zu geben. Man will aber dort diese Investitionen unter einem anderen Vorsatz machen, um andere Einrichtungen zu machen, elektrische Kegelbahnen, drei elektrische Kegelbahnen, die es in den Gemeinden bis zu 10.000 Einwohner gibt, ein Vorhaben, das heute schon an die 2,5 Milliarden Lire kosten wird und man will ein Darlehen aufnehmen. Und das wird morgen 4, 5 Milliarden kommen. Ich spreche nicht nur so von der Luft, ich könnte in dieser Beziehung noch einige Beispiele anwenden. Wir sind für die breiteste Gemeindeautonomie, aber das will nicht heißen, daß man jede Gemeinde tun und machen lassen will was sie will, vor allem gesetzlich und im Mitspracherecht muß man sie mehr und in der Entscheidung einbauen. Aber nicht wenn es um Fehlinvestitionen geht. Das wollte ich sagen, ich wollte nicht den Eindruck erwecken, daß ich die Autonomie nur in einer Richtung sehe.

COSTALBANO (NS-NL): Signor Presidente, mi voglio rivolgere all'assessore per chiarire una questione che potrebbe essere oggetto di una interpretazione sbagliata. Io non ho detto che si é fatto male a fare la legge nell'aprile. Ho detto che rispetto alla polemica che allora si era accesa é risultato con i tempi alla mano che se si aspettava una settimana si poteva evitare di spezzare in due le leggi. Così come non ho affermato che né la legge 1981 né questa legge siano leggi che hanno danneggiato i comuni, tanto é vero che né la legge 1981 né questa mi trovano del tutto contrario. Neppure il consigliere Langer, il mio predecessore, era stato contrario alla legge del 1981 perché ne avevamo anche parlato assieme. In fondo quella legge e questa danno una possibilità ai comuni di avere una previsione molto più chiara di quanto c'era nel passato. C'è poi una uniformità di trattamenti che rispecchiava una giusta esigenza perché dei trattamenti non uniformi nel passato erano stati fatti e molto spesso con discrezionalità di carattere politico non sempre giustificate.

In questo disegno di legge a mio avviso manca un riferimento preciso a situazioni che ho già denunciato nel passato e cioè a Comuni che precedentemente all'entrata in vigore della legge del 1981 erano in una situazione di estremo ritardo per tutta una serie di problemi e che con l'uniformità di trattamenti si trovano discriminati rispetto ad altri perché l'uniformità non dá loro la possibilità di risalire un distacco storico che avevano rispetto agli altri comuni. E questa poteva essere l'occasione di prestare all'interno di questo disegno di legge la possibilità di stabilire un fondo di carattere straordinario che consentisse degli interventi straordinari in Comuni che siano giustificati da queste situazioni di difficoltà che ci sono. Diversamente l'uniformità a mio avviso non fa che accrescere il problema quale é successo per esempio attraverso l'inflazione nei confronti della differenza salariale in rapporto alla professionalità. Questa differenza salariale si é annullata e l'inflazione sta giocando dei tiri mancini anche a questo livello.

Un'altra cosa é da chiarire ed é il rapporto fra autonomia e capacità di una propria politica autonoma di carattere tributario da parte del Comune. Io non credo che le ultime disposizioni del Governo e anche le disposizioni provinciali che mi sembra vengano prese anche attraverso questo disegno di legge possano essere viste come autonomia tributaria dei comuni. Sono delle imposizioni vere e proprie. Io La capisco e so che quasi tutti gli Assessori a livello comunale si sono espresse contro questa imposizione che viene dallo Stato per cui sia loro che la cittadinanza si vede imposta una situazione che tra l'altro é ingiusta perché colpisce dei cittadini che il carico fiscale lo sopportano già ecc. C'è una bella diversità fra il considerare questa una politica tributaria che vada in favore dei comuni e affermare che i comuni sarebbero contrari ad una autonomia tributaria che fosse diversa da questa, perché c'è un modo diverso di realizzare un'autonomia tributaria.

Anche l'art. 9 contenuto in questo disegno di legge può avere delle ripercussioni specialmente per certi comuni che sono in difficoltà in positivo. In ogni caso c'è da dire che é vero che sul piano monetario nominale i Comuni possono aver avuto degli incrementi notevoli delle proprie entrate e c'è stato forse un periodo fino a tre o quattro anni fa per cui potevano anche essere considerate consistenti. Però bisogna stare attenti che i processi inflattivi hanno fatto un drenaggio reale di questa capacità dei comuni e hanno spostato in modo abbastanza radicale il rapporto fra spese correnti ed investimenti. L'impressione di un gonfiamento di bilancio che da 1 miliardo arriva a due o tre come é successo negli ultimi anni, é un'impressione nominale ma non fondata anche perché sono accresciute da parte dei comuni gli impegni di intervento che lo Stato da una parte e la Provincia dall'altra gli hanno assegnato e quindi i maggiori mezzi finanziari magari avuti sono anche però in rapporto a maggiori obblighi di intervento. Ecco che la situazione dei Comuni non la trovo così brillante, anche se é vero che negli anni passati e ancora oggi mi sembra ci sia qualche esempio ci siano state delle opere "faraoniche" che non sono giustificate. E le opere faraoniche in una situazione come quella che stiamo vivendo, non hanno niente a che vedere con l'autonomia. C'è stata una diversa distribuzione di fondi che ha consentito ad alcuni comuni di fare delle opere faraoniche, e mi riferisco a certe spese che sono state fatte sia a livello di scuole che sono diventate degli scandali sia come certi impianti di carattere sportivo o delle strutture di carattere culturale che si sono ampliate oltre i limiti di un intervento razionale e corretto. In questo senso un intervento della Provincia non deve essere considerato autoritario che limita la facoltà dei comuni. Quando si limita la facoltà di spendere per spese faraoniche questo é rispettare quel minimo di intervento razionale. Le amministrazioni comunali vanno in un certo qual modo anche educate perché ci possono essere delle amministrazioni comunali che hanno una concezione errata del modo di amministrare. Non é detto di per sé che l'amministrazione comunale sia valida qualunque cosa faccia, così come non é detto che il consorzio dei

comuni dica delle cose sempre corrette e indiscutibili. Sotto questo punto di vista il consorzio dei comuni ha avuto un atteggiamento abbastanza polemico nei confronti degli orientamenti politici-amministrativi espressi dalla Giunta provinciale nei confronti della finanza locale.

Concludo dicendo che a mio avviso prendo atto delle posizioni che l'Assessore ha espresso. In ogni caso ritengo questo disegno di legge uno strumento che per alcuni aspetti tende a migliorare la situazione dei comuni o quanto meno viene incontro a serie difficoltà che i comuni stanno incontrando.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola? Nessuno. Dichiaro chiusa la discussione generale e pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata: approvato a maggioranza con 5 astensioni.

Art. 1

(1) I comuni partecipano all'elaborazione del programma provinciale di sviluppo secondo le modalità prevista dalla legislazione provinciale in materia. I comuni devono operare scelte prioritarie coerenti con le direttive e determinazioni del programma provinciale di sviluppo.

(2) I comuni obbligati alla redazione del bilancio pluriennale ai sensi della legislazione regionale sono tenuti ad allegare al bilancio di previsione una relazione previsionale e programmatica per il periodo considerato dal bilancio pluriennale della Provincia.

La parola al consigliere Erschbaumer.

ERSCHBAUMER (SPS): Ich nütze die Gelegenheit, nachdem auch Landesrat Benedikter da ist, die Frage aufzuwerfen, wie das funktionieren soll, die Gemeinden beteiligen sich an der Ausarbeitung des Landesentwicklungsplanes, auf Richtlinien des Landes. Vielleicht würden die Gemeinden längst schon daran arbeiten, aber aufgrund eines Antrages, den ich im Südtiroler Landtag vorgelegt habe, sagte Landesrat Benedikter, daß wir in dieser Legislaturperiode diesen Landesentwicklungsplan nicht mehr erarbeiten werden. Wie soll diese Zusammenarbeit funktionieren, daß man sagt, wir machen einen Plan, in den nächsten drei Jahren und ein Jahr haben die Gemeinden Zeit diese Vorschläge zu unterbreiten, usw. oder wie soll das vor sich gehen. Denn, dann hätten wir eine Zeiteinteilung, daß wir sagen, gut, Mitte der nächsten Legislaturperiode würden wir so weit gehen, wenn wir erst jetzt dieses Gesetz so verabschieden. Vielleicht liege ich falsch, daß man davon ausgeht und sagt, nur diejenigen Wünsche, die das Land an die Gemeinden stellt, sind die Gemeinden verpflichtet dem Land, so weit sie welche haben, zu bringen, aber keine eigenen Vorstellungen, Rechte und derart vorzulegen.

BENEDIKTER (Landesrat für Raumordnung, geförderter Wohnbau und Wirtschaftsprogrammierung - SVP): Es besteht bereits heute die Vor-

schrift, daß die Talgemeinschaften angehört werden. Aber ich bin der Ansicht, daß wenn nun diese Bestimmung in Kraft tritt, daß es diese Mitwirkung der Gemeinden näher geregelt werden muß, das wie, das kann ich jetzt nicht näher aussagen. Man wird sehen, ob eine Durchführungsverordnung genügt oder ob es Gesetzesbestimmungen braucht. Die Mitwirkung der Gemeinden am Zustandekommen des Landesentwicklungsprogrammes.

COSTALBANO (NS-NL): Mi sembra che si ricorra troppo spesso a queste deroghe alla Giunta provinciale. Questa é una materia estremamente importante che riguarda la partecipazione dei comuni che se viene enunciata in questo modo lascia perplessi circa la volontà effettiva. Un'articolazione dovrebbe essere data in modo più preciso o almeno un criterio di carattere generale per il modo con il quale si garantisce questa partecipazione. Diversamente diventa coercitivo dei comuni. Si dice: "I comuni partecipano all'elaborazione dei programma provinciale di sviluppo secondo le modalità previste dalla legislazione provinciale in materia". E quindi é la Provincia che decide il tipo di partecipazione indipendentemente dalla consultazione dei comuni circa la loro volontà e il modo di partecipare a questa attività. Poi si pone l'altra condizione e si dice: "I comuni devono operare scelte prioritarie coerenti con le direttive e determinazioni del programma provinciale di sviluppo." Il problema é che se i comuni non sono messi nell'effettiva condizione di partecipazione e quindi a determinare assieme a tutta l'amministrazione provinciale determinate scelte, gli deriva l'obbligo - e può essere accettabile - di accettare alcuni criteri fondamentali dettati dal piano provinciale. Ma se non é garantita questa partecipazione e il peso effettivo i comuni non hanno né da una parte i modi per poter partecipare e avere delle garanzie di peso nella determinazione della politica e in secondo luogo gliene derivano degli obblighi che sono estremamente vincolanti.

Questa é una dichiarazione che ha un'importanza relativa e per la determinazione con cui é svolta anche pericolosa. Per questo voto contro l'art. 1.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente, penso di non essere fuori tema se colgo l'occasione per sottolineare e porre all'attenzione dei colleghi tutti un elemento di coerenza che in questo caso potrei definire degno di miglior causa, quale la polemica di volta in volta ricorrente che si può sanare purché vi sia il sufficiente equilibrio, in quest'aula quando ad esempio per quanto concerne l'uso delle risorse finanziarie da parte della Provincia autonoma, risorse finanziarie che provengono da precisi obiettivi, leggi e provvedimenti che lo Stato ritiene di attuare e sovente per bocca quasi sempre dell'Assessore Benedikter ma anche di altri, si rivendica l'autonomia della Provincia nei confronti dell'uso di queste risorse, salvo rare eccezioni, cioè la finalità di queste masse finanziarie, come il problema della casa, della sanità, dei trasporti, dell'agricoltura, dell'industria, del commercio e chi più ne

ha più ne metta. Essendo io convinto che se l'autonomia viene intesa come massima liberalità nell'uso di queste risorse é del tutto inutile che lo Stato attui un disegno, stanzi determinati fondi per realizzare questo obiettivo e articoli a livello locale, nel nostro caso Provincia, altrove comuni, é inutile che si faccia questo perché nell'ambito di questa discrezionalità autonomistica ognuno potrebbe fare cose anche molto diverse. Sovente la posizione che qui vediamo espressa dalla Giunta provinciale é la richiesta di non essere il ragioniere dello Stato, cioè non essere obbligati e vincolati a spendere secondo delle direttive dello Stato ma ad avere dei margini di manovra. Detto questo dico che si deve non essere i ragionieri dello Stato ma si deve anche conciliare questo con gli obiettivi che si prefiggono. Io ho fatto altre volte degli esempi. Che senso ha il piano pluriennale della casa se poi anziché case si fanno altre cose? Che senso ha il progetto per la ristrutturazione e riconversione industriale e poi all'indice constata la crisi che attraversa il nostro Paese, l'esigenza di essere competitivi al riguardo se poi i fondi destinati alla ristrutturazione e riconversione vengono dirottati? Che cosa accadrebbe per certe altre importanti opere pubbliche se il coinvolgimento delle regioni fin dal momento dell'elaborazione poi viene eluso nel momento della trattativa? Ci vuole ancora una volta buon senso ed equilibrio. Ma questa legittima ricerca di un margine di manovra dell'autonomia nei confronti dello Stato é da parte dei rappresentati della Giunta con questa legge calpestata nei confronti dei comuni rispetto al piano provinciale. O i piani, o gli obiettivi, o i disegni cosiddetti provinciali, il cosiddetto programma provinciale di sviluppo. A parte il fatto che si potrebbe discutere su quale piano provinciale di sviluppo. Evito ogni ironia essendo noi convinti che non esista o se esista sia almeno fantomatico essendo tutti d'accordo che se esistevano delle tracce sono abbondantemente superate. Ma ecco qui dimostrato ancora una volta la doppiezza di alcuni ragionamenti e dunque di alcuni comportamenti a seconda se si é chi si prende o chi deve dare. L'autonomia giustamente reclamata da parte della Provincia nei confronti dello Stato ed i suoi provvedimenti, viene elusa e calpestata da parte dei Comuni i quali si dice che partecipano all'elaborazione ma secondo le modalità previste dalla legislazione provinciale in materia e comunque coerenti con le direttive e le determinazioni del programma provinciale di sviluppo. Lo svincolo che si vuole sul piano nazionale diventa vincolo nei confronti delle amministrazioni comunali. Qui delle due l'una o é identico il ragionamento che si fa Stato Provincia, Provincia Comuni, o non lo é. La via di mezzo é ancora una volta quella teorica ma che per i rapporti politici e per le concezioni esistenti é destinata a non salpare, perché ai Comuni si dice solo di partecipare, non si dice in che maniera vengono raccolte delle sollecitazioni, dei suggerimenti, degli interessi, dei bisogni che le amministrazioni locali.

COSTALBANO (NS-NL): Ci sono le comunità di valle.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Ma anche qui ci sono degli squilibri, pensa solo al dato numerico, ad esempio, mentre invece io sono convinto che é maturo il tempo non solo di coordinare un piano complessivo, ammesso che sia una vera ricognizione, partecipata, che abbia un obiettivo praticabile, ma sono altrettanto convinto che i comuni fra di loro, questi piani intercomunali per determinati servizi, insediamenti, anche per alcuni aspetti di amministrazione dovrebbero essere piú che maturi i tempi per approdare, perché l'elemento di continuitá, di espansione di certi comuni obbliga a coordinare determinati interventi sui campi piú diversi. Ma a parte il fatto che i comuni, si dice, vengono ad avere questo momento di partecipazione ma si presume quanto poi possano incidere nel modificare certe tracce, indirizzi ed obiettivi, resta il fatto che poi hanno sempre il giogo rappresentato dall'aderenza rispetto queste direttive, tanto é vero che al secondo comma si dice: "I comuni obbligati alla redazione del bilancio pluriennale ai sensi della legislazione regionale, ...bilancio pluriennale della Provincia" cioè sempre questo grosso vincolo non piú di natura amministrativa e contabile ma di rispondenza delle scelte, degli orientamenti della amministrazioni comunali ha solchi giá tracciati da parte della Provincia autonoma.

Ecco rapidissimi squarci su quella che io non esito a definire una coerenza di comodo a seconda se la Provincia é l'ente che deve dare autonomia o deve chiedere. E di qui egregi colleghi una rapida considerazione, per tanti motivi al di lá di quello che si puó dire sotto l'incalzare di una scadenza elettorale peraltro cosí ripetitiva e cosí frequente che ci permette di dire che non esiste soluzione di continuitá, al di lá di queste fasi particolari della nostra vita politica credo che non sia un luogo comune e men che meno uno slogan elettorale denunciare ancora una volta qui una autonomia sempre meno visibile, anche per questo insieme di pressioni, perché poi si condizionano le amministrazioni comunali e tramite queste la vita di cittadini di quelle amministrazioni comunali in maniera tale da essere la Provincia autonoma una vera e propria cappa che non consente determinate cose, svuotamento delle competenze dei comuni tramite una sempre piú frequente rispondenza a determinate disposizioni, legislazioni provinciali e di conseguenza anche un venir meno di questi elementi che noi non esitiamo a definire di partecipazione democratica dei cittadini posto che l'amministrazione comunale é l'istanza piú ravvicinata oggi come oggi che si conosca tra i cittadini stessi e la prima istanza dell'ente locale. Ecco perché noi criticiamo queste impostazioni a meno che le finalitá non fossero diversamente spiegate, ma le parole hanno un senso in quanto le leggiamo cosí, allora avrei preferito una dizione che dicesse come i comuni partecipano all'elaborazione del piano, del programma provinciale di sviluppo, che se ne tengano conto di alcune osservazioni, nessuno dice che si deve fare la carta assorbente perché un momento di sintesi e di raccolta certamente deve essere fatta, ma che queste sono tanto piú rispondenti in quanto aderenti a degli interessi

che le amministrazioni comunali portano avanti, cosa che non si legge, anzi leggo ribadito nel secondo comma l'elemento di vincolo ulteriore sia nell'elaborazione sia nella redazione dei cosiddetti bilanci pluriennali. Queste motivazioni ci portano a dire che continua ad estendersi una politica che non fa avere dell'autonomia quelli che sono gli aspetti più positivi quali appunto un'autonomia vissuta dei cittadini partecipata dalle assemblee periferiche i Comuni, un'autonomia che non dispiega il massimo di potenzialità proprio per questo sovrapporsi di condizionamenti anche nelle scelte che i singoli comuni intendono portare avanti. Questo non può che avere la nostra ferma contrarietà e sottolineamo ancora una volta questa rotta di collisione fra un'autonomia che dovrebbe essere concepita in modo dinamico di sempre maggiore partecipazione se non di un certo coordinamento e un'autonomia che invece diventa sempre più un'imposizione centralistica che usa la sua lunga mano per pilotare le amministrazioni locali in questo caso i comuni anziché arricchirsi della loro particolare elaborazione o dei loro particolari problemi.

Per concludere desideravo fare queste considerazioni ma anche cogliere questo elemento di incoerenza e di contraddizione che sovente da quei banchi ci viene espresso a seconda che l'autonomia venga vista da Bolzano verso Roma o da Bolzano verso il resto del territorio provinciale.

PASQUALI (Assessore alla tutela dell'ambiente e trasporti - DC):
Sento di dover dire qualche cosa a quanto ha detto il collega D'Ambrosio perché sta rappresentando ancora una volta questo curioso e singolare schema dell'autonomia con questo tentativo di confronto fra quello che è un rapporto fra l'autonomia locale e il governo nazionale e governo provinciale e comuni. Non mi pare che questo tipo di rapporto possa essere messo in analogia. E' una cosa ben diversa un quadro storico che fa riferimento all'autonomia provinciale che conseguente a tutte le ragioni che sappiamo e che fa riferimento ad una serie di competenze precise che hanno bisogno di essere utilizzate in maniera diversa perché altrimenti non avrebbe ragione l'autonomia in quanto tale, se per gestire questa non ci fosse anche una libertà finanziaria nella gestione relativa. Io capovolgo esattamente le osservazioni che fa il collega D'Ambrosio soprattutto con riferimento ad alcuni esempi. Dice che sarebbe bello se non destinassimo alla casa quegli importi che vengono. Io capovolgo subito il ragionamento cosa sarebbe anche il programma e la disponibilità di risorsa finanziaria messa a disposizione nei programmi provinciali se si facesse riferimento ai soli interventi finanziari dello Stato quando è risaputo che per i programmi di edilizia agevolata gli interventi fondamentali sono quelli che sono recepiti dal bilancio della Provincia non sono certamente sufficienti quelli che recepiscono dalla destinazione che deriva dallo Stato. Per fare un esempio e per non riferirsi solo a quegli aspetti dove ci possono essere dei residui negli stanziamenti come i trasporti che possono essere destinati. Guai se dovesse mancare questo tipo di rapporto.

Viene meno quella che é la sostanza principale di gestione dell'autonomia non riferendosi solo all'ipotesi in cui una gestione può essere anche di risorsa finanziaria diversa rispetto alla destinazione. La cosa poi é assolutamente diversa per quanto va riferita al quadro locale che non può prescindere dallo schema di autonomia di gestione. Ammettere questo schema così semplicistico e anche tendenzioso ma non certamente rispettoso di una sostanza politica di fondo attraverso la quale con tutte le difficoltà che abbiamo inteso e con tutte le imperfezioni che abbiamo perché ci sono molte cose che abbisogneranno nel futuro anche in un rapporto con la Provincia ed enti locali essere messe a punto, ma l'acquisire questo rapporto fra Provincia e Stato e Stato e Comuni é abnorme per quanto mi riguarda a valutare i problemi a cui oggi ci riferiamo. Se c'è una novità che introduce questa legge é una novità di partecipazione nei modi e nelle forme che si vedrà dei comuni anche nell'ipotesi di pianificazione economica e territoriale che si dovrà fare. Non sta in piedi questo tipo di confronto anche se da parte mia va sottolineato il fatto che non possiamo dire soddisfacente il tipo di rapporto che oggi esiste, neanche il quadro istituzionale é soddisfacente, anche il rapporto di gerarchia di enti territoriali diversi é soddisfacente. Le stesse comunità di valle, queste unità comprensoriali secondo me hanno bisogno di una loro ridefinizione che sia molto più definita, tenendo conto delle esperienze che abbiamo avuto e anche di altre esperienze vicino a noi come nel Trentino che in ogni caso non credo che dovrebbe essere un'esperienza da copiare, ma sono tutti elementi che dovranno far riflettere e proporre delle definizioni ma in un ambito di rapporto che faccia parte di un complesso autonomistico speciale assolutamente non confrontabile in un rapporto del tutto fantasioso, al di fuori della realtà che metterebbe quasi nella stessa condizione il rapporto Provincia Roma e il rapporto Provincia Comuni.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente, non é che io voglia instaurare con il collega Pasquali particolari rimpalli di valutazioni, voglio solo dire che si usa un linguaggio e un concetto schematizzato anche per una semplicità di ragionamento ma l'essenza poi si tratta di vedere se si usano più circostanze o meno, però ci siamo capiti. Se l'Assessore dice che l'autonomia fa riferimento ad un quadro storico, politico, normativo ecc. di un certo tipo, altra cosa sono le amministrazioni locali. Io condivido questo, però non vorrei che si dimenticasse, primo che le sollecitazioni di tipo autonomistico sono oggi nel Paese indipendentemente da questo tipo di entroterra e semmai sovraccarica di altri significati, cioè anche le regioni a statuto ordinario chiedono dallo Stato maggiori competenze, maggiore autonomia e potestà di interventi. Secondo, che i comuni e la popolazione di questi comuni della nostra provincia non sono cosa diversa, sono parte integrante di questa nostra autonomia e allora proprio perché sono parte integrante dell'autonomia io chiedo in che misura c'è uno spazio perché questi comuni, la sollecita-

zione di alcune loro esigenze le vedano accolte. I termini della questione sono completamente rovesciati, cioè anziché il piano frutto di queste condizioni che non significa carta assorbente perché le contraddizioni ci sono, io dico che da come è congegnato l'articolo e da come si sviluppa la direttrice di marcia politica noi vediamo le amministrazioni comunali sempre più condizionate.

Dunque non da parte nostra l'intenzione di vedere in termini contrapposti questi due elementi particolari caratteristiche dell'autonomia e l'esigenza di coinvolgere anche i Comuni. D'altronde Assessore Pasquali ascoltiamo che ancora una volta obiettivamente si fanno delle ammissioni in ordine a rapporti ancora soddisfacenti, è stato usato questo termine, ma proprio perché noi vogliamo superare questa fase di insoddisfazione riteniamo che bisogna impostare in un certo modo, profondamente diverso, i rapporti fra amministrazione provinciale e amministrazioni comunali. Parlo sempre al plurale. L'indirizzo oggi è invece un ulteriore colpo di accelerazione nella direzione che noi non abbiamo esitato a definire non positiva, negativa. Si va verso il superamento di questi elementi di insoddisfazione? Penso di no. Noi abbiamo in questi ultimi tempi assistito a dei casi curiosi, da una parte si dice che i comuni hanno delle facoltà. Consentiamo ai comuni l'adozione per loro libera scelta di alcune imposizioni fiscali, sicché i comuni possono essere anche messi nella scelta di fare o non fare una delibera che mette delle sovrattasse, però poi c'è il secondo tempo di derivazione questa volta nazionale che dice che determinati introiti sono messi a condizione che abbiano deciso di mettere in atto queste cosiddette sovrattasse. E' chiaro che c'è una forma di condizionamento tale, in questa circostanza la derivazione è nazionale, ma la dice lunga su un processo che non è solo locale che però condiziona le autonomie locali. E voi sapete che sul piano nazionale c'è un discorso aperto, non si sa ancora dove sboccherà soprattutto portato avanti da parte degli amministratori comunali per quanto riguarda ad esempio la riforma dell'ente locale, la riforma delle autonomie locali dove fra le altre cose ci sono proprio questi problemi. Non è forse il nostro caso ma ci arriveremo, se noi pensiamo ad esempio a certi rapporti che esistono fra un comune e gli enti superiori che possono essere la Provincia o Regione. C'è il discorso di fare il territorio metropolitano, c'è il discorso di inglobare ma trovare un ente intermedio? Non vale per noi ma però l'assessore Pasquali confermava che c'è una rideterminazione e discussione sui compiti e sulle determinazioni delle comunità di valle. Ma c'è anche una questione di rapporto perché un conto è il rapporto che può esserci tra la Provincia autonoma di Bolzano e il comune delle 100 o 1000 anime e c'è un rapporto fra la provincia autonoma di Bolzano e un quarto circa della popolazione condensata all'interno di un comune, parlo di quello di Bolzano. E' lo stesso discorso che varrà per Milano rispetto alla provincia di Milano o alla Regione Lombardia che può essere di Roma rispetto alla Provincia di Roma o alla regione Lazio, c'è anche qualcosa del genere. Ma se viene avanti questo processo è perché quelle ammini-

strazioni comunali avvertono determinate esigenze, spazi, possibilità di agire. E allora se questo agire lo consideriamo anche come un fatto di dotarsi di una traccia e sviluppo che non vuol dire solo urbanistico, ma economico, sociale, vuol dire tutto ciò che sta dentro le competenze delle amministrazioni comunali. Ecco che io colgo ancora una volta proprio perché queste sono le sollecitazioni e le linee di tendenza una contraddizione tra questa sollecitazione e questa imposizione. Qui continua ad esserci una traccia calata dall'alto. La partecipazione nel senso più ampio del termine e il riconoscimento delle amministrazioni comunali e delle loro esigenze mi pare che continuino ad essere soffocate.

Questo come precisazione di un pensiero che può anche non essere condiviso ma noi ci facciamo carico di questa impostazione, di questo taglio politico e saranno i fatti come sempre il banco di prova per dimostrare chi aveva più ragione o più torto, ma non dimentichiamoci che nel frattempo si consumano delle scelte e vanno avanti certe situazioni che però non mi pare siano soddisfacenti se non altro per noi per altre forze politiche e per settori importanti di opinione pubblica.

PASQUALI (Assessore alla tutela dell'ambiente e trasporti - DC):
Prendo atto come nel suo secondo intervento il collega D'ambrosio non ha più svolto quel tipo di paragone e di confronto che aveva fatto prima ma si è limitato al rapporto fra Provincia e Comuni, quindi è una rettifica non da poco, almeno da quanto ho capito. I problemi sono tutti veri ma la legge finanziaria ha voluto dire che in provincia di Bolzano a differenza di quanto è in attesa della riforma finanziaria tra i comuni che riconosciamo pur essere elemento sostanziale e fondamentale per tutti gli interventi successivi non si è voluto premiare quel tipo di comune che poi è l'esempio terribile al quale oggi assistiamo di malcontento e di incertezza che tutto sommato il sistema finanziario di intervento ai comuni ha premiato attraverso certi meccanismi coloro che nell'esercizio della loro autonomia hanno potuto fare delle rilevanti spese. Uno dei motivi maggiori di malessere che ci sono oggi sulla finanza locale è questo: la differenza enorme che esiste fra colui che ha voluto fare una certa sua politica di contenimento di spesa nei confronti di colui che invece per tutte le ragioni di questo mondo ha dilatato questa spesa e oggi il sistema di intervento premia il secondo e non il primo. Abbiamo cercato di evitare questo facendo riferimento a quelli che sono alcuni principi essenziali come quelli di cui tanto si parla nell'art. 4 che è questo limite famoso massimo che sembrerebbe essere tale da compiere l'autonomia dei comuni. A parte il fatto che il meccanismo è importante perché si garantisce l'incremento di entrata a questa sola condizione che poi la libertà che ha da questo punto di vista il Comune dalle leggi dello Stato è solo quella che riguarda la sovrainposta sugli immobili. Per quanto riguarda la legislazione provinciale ce ne potrebbero essere altre che adesso con un emendamento vengono anche modificate ma immaginiamoci anche in questo caso l'autonomia viene sollecitata verso una certa direzione a ragionare al

Comune e se il Comune ritiene di non doverla applicare rinuncerà ad una parte di incentivo corrispondente all'incremento di inflazione che corrisponde al mancato, vuol dire che i soldi li ha, ma comunque io sono anche convinto che un tipo di rapporto debba essere perfezionato e messo a punto, dicendo però, anche con riferimento a quanto avvenuto per Bolzano perché questo è un riferimento preciso che è stato fatto che dico il rapporto fra Comune e Provincia è stato tale che quando fossero state riconosciute alcune esigenze particolarissime di una comunità e di Bolzano in particolare non recepibili o non soddisfabili attraverso la legge ordinaria ci sono stati degli interventi legislativi straordinari. Lo voglio ricordare perché ci siamo sempre fatti parte dirigente e attenta vuoi attraverso una legge speciale nel finanziare il viadotto di Bolzano vuoi per quanto riguarda gli impianti di depurazione di smaltimento che fanno riferimento ad intervento di carattere straordinario. Questa capacità di valutare secondo esigenze particolari situazioni non confrontabili o non recepibili dai Comuni mi pare che ci sia e che ci debba essere anche nel futuro, pur riconoscendo l'esigenza di fare uno sforzo di una ridefinizione dei ruoli e delle gerarchie intese non come rapporto di subordinazione ma di valori che debbono esistere negli enti locali anche con riferimento alle realtà e alle esigenze che abbiamo avuto nella provincia di Bolzano.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola? Nessuno. Metto in votazione l'articolo 1: approvato a maggioranza con 4 voti contrari e 1 astensione. Sospendiamo la seduta fino alle ore 15.

ORE 12.55 UHR

ORE 15.20 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: Riprendiamo la seduta.

Art. 2

(1) Per ciascuno degli anni 1984 e 1985 la Provincia corrisponde a ciascun comune un contributo pari a quello spettante per l'anno 1983 ai sensi dell'art. 1 della legge provinciale 19.4.1983, n. 11, e con la stessa periodicità fissata per il 1983.

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato all'unanimità.

Art. 3

(1) Qualora la Provincia non provveda ad emettere i mandati di pagamento entro i termini stabiliti dalla legge, verranno riconosciuti ai comuni gli in-

teressi passivi relativi al periodo che intercorre tra la data di scadenza e la data di effettiva emissione dei titoli di spesa al tasso previsto dalle convenzioni di tesoreria di ogni comune.

(2) Il riconoscimento degli interessi passivi è subordinato all'avvenuta attivazione delle anticipazioni di tesoreria per il finanziamento di spese correnti e sempreché il ritardo nell'emissione di mandati di pagamento non sia imputabile all'ente locale.

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato all'unanimità.

Art. 4

(1) Per gli anni 1984 e 1985 la Provincia garantisce ai comuni l'aumento delle entrate correnti afferenti ai primi tre titoli di bilancio nella misura corrispondente al tasso programmato di inflazione per ciascuno degli anni.

(2) La garanzia della Provincia si intende subordinata all'utilizzo ed alla realizzazione di tutte le entrate dei comuni nei limiti massimi come sono o saranno stabiliti dalla legislazione statale, regionale o provinciale.

(3) La somma spettante al singolo comune a titolo di garanzia per il 1984 e il 1985 verrà corrisposta a consuntivo entro il termine perentorio del 30 giugno degli anni 1985 e 1986 in base ad una dichiarazione firmata dal legale rappresentante dell'ente e dal segretario, conforme al modello che sarà approvato dalla Giunta provinciale.

Sono stati presentati degli emendamenti. Dó lettura del primo a firma Costalbano e Stecher che dice: "Togliere le parole "nei limiti massimi" alla terza riga del secondo comma.

La parola al consigliere Costalbano.

COSTALBANO (NS-NL): A me é sembrato che da parte della Provincia ci sia una forzatura così come aveva fatto lo Stato. Quando si dice che bisogna portare i limiti fino al massimo e lo si obbliga non solamente con leggi statali contro le quali non si può andare, ma contro le leggi regionali e provinciali credo che sia un'esasperazione nei confronti dei comuni per cui non si lascia nessuna possibilità di scelta. In questo senso l'emendamento sanziona che per quanto riguarda i Comuni essi hanno la facoltà di applicare poi quelle posizioni che ritengono opportuno nei limiti che le leggi stabiliscono ma non arrivano né per le leggi passate né per quelle successive a massimizzare le entrate perché altrimenti ci sarebbe una violazione delle possibilità dell'autonomia dei comuni. Ecco perché ritengo sia giusto cancellare "nei limiti massimi e rifarsi ai limiti delle leggi che sono in vigore e quelle che entreranno e dare ai comuni questa possibilità senza per questo condizionarli al resto del discorso.

OBERHAUSER (Landesrat für Gebietskörperschaften - SVP): Die Landesregierung kann mit diesem Abänderungsvorschlag in keiner Weise einverstanden sein. Wir haben uns das genauestens überlegt und es wäre nicht tragbar, daß die Gemeinden nicht gezwungen würden das Maximum einzuführen, wenn auf der anderen Seite dann das Land Integrationsbeiträge geben muß. Es ist klar, daß dann die Gemeinden den Weg des geringeren Widerstandes gehen, also sich populär machen vor der eigenen Bevölkerung und das Geld dann vom Land bekämen. So einfach kann man eine Politik natürlich auch nicht machen. Deswegen, wenn die höchste Anstrengung da ist von seiten der Gemeinde und es reicht trotzdem noch nicht, daß die programmierte Inflationsrate abgedeckt ist, dann ist es gerechtfertigt, daß die Integration des Landes gemacht wird. Aber sonst können wir nicht die Gemeinden also geradezu ermutigen, daß sie den Weg des geringsten Widerstandes gehen und sich selbstverständlich populär machen auf Kosten des Landes.

COSTALBANO (NS-NL): Il discorso lo capisco ma non lo condivido sul piano politico. Che significato ha? Diciamo allora che i Comuni devono mettere il massimo senza nessuna possibilità di discriminazione da parte loro rispetto ad alcuni bisogni della popolazione e rispetto alla situazione reale. Diciamo che facciamo una legislazione coercitiva nei confronti dei Comuni perché così deve essere. Ci sono dei comuni che hanno delle popolazioni di un certo tipo di carattere sociologico con fonti economiche di carattere preciso e comuni di che hanno altro tipo di popolazione e pertanto l'applicazione di una percentuale delle tasse necessariamente deve avere la possibilità da parte del Comune di variare a seconda delle situazioni reali che esistono. In questo modo i comuni che ad esempio avessero nella maggioranza la popolazione lavorativa che prevalentemente appartiene a reddito da lavoro dipendente, non può fare niente, bisogna applicarle così. Se ci sono delle situazioni in cui Comuni hanno redditi agricoli estremamente bassi bisogna prevedere sempre il massimo. Questo é un discorso che lascio a voi e politicamente lo dovrete giustificare anche nei confronti della vostra gente perché é fuori da qualunque logica.

ERSCHBAUMER (SPS): Wenn ich beide Redner jetzt vernommen habe, dann habe ich persönlich jetzt Schwierigkeiten. Landesrat Oberhauser sagt, ich soll denen trotzdem ein Geld geben, die nichts beschließen. Und ich als Landtagsabgeordneter muß natürlich auch dafür gerade stehen, daß wir die Gelder vom Land nicht so hinausschmeißen. Einerseits bin ich aber auch der Meinung, daß man nicht unbedingt eine Gemeinde verpflichten muß, daß man sagt, Du mußt das Höchste beschließen. Ich hätte hier einen Kompromißvorschlag gebracht, ob die Gemeinde den Höchstbetrag oder nicht den Höchstbetrag beschließt, sie bekommt immer nur einen bestimmten Teil, also, wenn sie nicht den höchsten Betrag beschließt, dann bekommt sie diese Differenz nicht. Dann lassen wir ihr die Freiheit der Gemeinde,

zwingt sie nicht, aber vom Landeshaushalt gebe ich ihr dafür nichts. Ich glaube, das wäre schon eine Lösung.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente, non rifaccio tutti i ragionamenti che abbiamo cercato di fare inutilmente. Io trovo al di là dei fraintendimenti sui termini e sugli esempi presi a paragone sulla concessione dell'autonomia una ulteriore conferma del soffocamento di un margine di manovra e di iniziativa dei singoli comuni anche tramite questo articolo. Stamattina sull'art. 1 avevamo fatto un ragionamento che si riferiva ad un ragionamento preciso. Qui si mettono le mani avanti per le situazioni esistenti o che si possono venire a determinare e di fatto ecco dimostrato ancora una volta come l'autonomia dei Comuni consista nel dover rispettare una decisione che con legge viene presa in questa circostanza. Per ottenere dei contributi e garanzie bisogna che si incida al massimo su determinate entrate. Io dunque non solo ribadisco l'accordo con l'emendamento presentato ma saliamo con i piedi nel piatto delle competenze comunali, perché le competenze comunali possono anche in determinate circostanze portare a dire che di fronte a determinate categorie sociali e a determinate situazioni si possono usare anche metodi diversi per imporre delle tasse. Noi non lasciamo margine di manovra alcuno. Qui si dice nei limiti massimi. Io convengo invece che bisogna abolire questo termine "massimo" e farne uno che dica che non rinunci ad usare ma sia il Comune che quella amministrazione ad esercitare a seconda della ragione del contendere un elemento di discrezionalità, altrimenti sul serio l'elemento di coercizione è palese. Se la legge statale, regionale o provinciale farà una gamma di misure è come se non lo facesse, perché in questo caso vale solo la misura massima. Non vedo perché a questo punto determinate leggi stabiliscono forse un minimo o un massimo per determinati provvedimenti, quando in questo caso poi nella pratica la garanzia della Provincia credo che si riferisca a tutti i comuni, perché vorrei sapere se esistono dei Comuni che in questo caso non ottengono dalla provincia un qualche contributo che non rientri in questa regola.

Per queste ragioni non solo sostengo l'emendamento ma anche la palese ingiustizia nella legge. Mi chiedo anche che cosa potrebbe accadere in quelle circostanze in cui i Comuni avessero già deciso a questo riguardo. Che fanno, devono rivedere questa decisione e riportarla al tetto massimo, anche questo a dimostrazione che non bisognerebbe operare in questa maniera.

OBERHAUSER (Landesrat für Gebietskörperschaften - SVP): Das Gesetz sieht eine Kann-Bestimmung vor, die Gebäudezusatzsteuer und die Stromzusatzsteuer einzuführen. Die Gemeinden müssen diese Steuer nicht einführen und von den 116 Gemeinden haben z.B. drei Gemeinden diese Gebäudezusatzsteuer nicht eingeführt. Wenn sie ohne Einführung der Gebäudezusatzsteuer und die sind in Ordnung, wenn sie den Haushalt trotzdem ausgleichen können, sind sie nicht verpflichtet diese Steuer einzuführen. Oberstes Prin-

zip bleibt, daß der Haushalt der Gemeinden ausgeglichen sein muß. Sie sind gezwungen und sie müssen den Haushalt ausgleichen. Wenn sie ihn ausgleichen können ohne daß sie von der Möglichkeit dieser Kann-Bestimmung im Gesetz Gebrauch machen, dann haben Sie diese Möglichkeit. Wir haben gesehen, daß nicht nur die Gemeinden Südtirols den Höchstsatz angewandt haben, sondern daß in ganz Italien und ich habe das in der "24 ore" gelesen und genauestens verfolgt, daß die allermeisten Gemeinden den Höchstsatz eingeführt haben und beschlossen haben und daß Bozen eine Ausnahme ist mit den 12%. Aber eine Verpflichtung ist nicht gegeben. Selbstverständlich können die Gemeinden nicht auf Einnahmen verzichten, generell gesprochen, aber drei Gemeinden haben jedenfalls den Beweis erbracht, daß sie verzichten konnten und trotzdem den Haushalt imstande sind auszugleichen. Nun aber wird es schon nicht gerechtfertigt sein, daß wenn wir sagen, auf zwei Jahre im voraus wir garantieren der Gemeinde die programmierte Inflation und diese Verpflichtung wir als Land übernehmen und die Gemeinden aber dann nicht dazu verpflichtet würden den Höchstsatz einzuführen. Dann würde ich den Weg des bequemeren, des geringeren Widerstandes gehen, das Minimum beschließen als Gemeindeverwalter und das Maximum vom Land verlangen. Ich glaube, daß das schon alles eher als eine gesunde Politik ist. Ich bin wohl dagegen und das habe ich heute vormittag ganz deutlich gesagt, daß man nur eine Kategorie hier bestraft hat, wenn man es so sagen will, also hier ist das Gesetz nur einjährig und ich bin überzeugt, daß hier eine Korrektur kommen wird, daß das morgen alle treffen wird. Aber gerechtfertigt, daß ein Integrationsbeitrag von seiten des Landes gegeben wird ist wohl nur wenn die Gemeinde die höchste Anstrengung gemacht hat. Deswegen müssen wir ganz sicher beim Maximum bleiben, weil sonst nicht gerechtfertigt wäre, daß wir integrieren. Wenn die Gemeinde keine Integration braucht, wenn die Gemeinde imstande ist den Haushalt auszugleichen ohne die Einführung überhaupt dieser Gebäudezusatzsteuer, hat sie die freie Möglichkeit und drei Gemeinden haben davon Gebrauch gemacht und haben den Haushalt ausgleichen können. Die anderen haben es nicht können, aber integrieren wird man schon nur dann sollen, wenn also die Gemeinde die größte Anstrengung gemacht hat. Ich möchte die Gemeinde kennen, die überhaupt dann noch einen Höchstsatz beschließen würde, wenn das Land mir die Differenz garantieren würde. Also dann möchte ich wirklich wissen, ob dann eine Gemeinde bereit wäre eine solche unpopuläre Maßnahme zu setzen, wenn sie sich sagt, es ist ja ganz egal, ich beschließe das Minimum, denn ich bekomme ja die Integration von seiten des Landes. Also mit dieser Politik könnte ich mich nicht anfreunden und die ist jedenfalls abzulehnen.

STECHER (KPI): Es stimmt, daß die Mehrzahl, wie Landesrat Oberhauser sagt, nämlich das Höchstmaß eingeführt hat. Aber es ist ein schöner großer Teil in Italien, der das Höchstmaß nicht eingeführt hat, die 14, 15, 16%. Wir haben nicht grundsätzlich, wenn auch diese Frage zusammenhängt mit einer anderen politischen Frage. Wir gehen nicht davon aus,

daß diese Steuern einfach nicht eingeführt werden, usw. sondern am Grunde dieser Einführung von gewissen Steuern hat dann und leiste praktisch Vorschub für andere Erhöhungen. Die Mehrwertsteuer, das ist jedenfalls klar und das kann die Mehrsteuer auf die Gebäude, das ist unbestreitbar, daß sich das nämlich auswirken wird auf den Wohnungssektor, vor allem auf die Erhöhung des Wohnungssektors. Politische Begründungen, die nämlich praktisch dann eine praktische Erhöhung bringen, also zwischen dem Höchst und dem Minimalen müßte ein Spielraum schon sein. Hier will man nicht einmal diesen Spielraum einführen. Mein Vorredner hat schon gesagt, was wird in der Gemeinde Bozen passieren. Die Gemeinde Bozen hat 13% beschlossen. Nebenbei wissen wir, daß eine Reihe von Gemeinden, aber nicht nur die Gemeinde Bozen, die Gemeinde Neumarkt, die hat in erster Lesung dieser Angelegenheit die Mehrheit auch mit den Mandataren der Volkspartei und der DC dagegen gestimmt. Nur dann hat man sie nämlich mehr oder weniger aufgefordert in einer Beschlußfassung, daß sie gezwungen wurden mehr oder weniger ein zweites Mal abzustimmen und die Mehrwertsteuer einzuführen. Das sind die Beispiele, von denen ich heute früh gesprochen habe, was Gemeindedemokratie bedeutet.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola sull'emendamento? Nessuno. Lo pongo in votazione: respinto a maggioranza con 6 voti favorevoli e 1 astensione.

Dó lettura dell'emendamento a firma Oberhauser e Durnwalder che dice: "Al secondo comma sono aggiunte le seguenti parole: "Ad eccezione di quanto disposto al primo comma dell'art. 7 della L.P. 17.8.1976, n. 36".

La parola all'Assessore Oberhauser.

OBERHAUSER (Landesrates für Gebietskörperschaften - SVP): Also hier sehen wir eine Ausnahme vor vom Höchstmaß abzugehen, nämlich bei den Kindergärten. Die Kindergärten müßten als Höchstmaß, ist von der Landesregierung beschlossen worden, 45.000 Lire verlangen und es scheint uns wirklich in dem Fall die Ausnahme gerechtfertigt, daß man nicht für die Kindergärten dieses Höchstmaß verlangt, um diese Integration zu bekommen, denn es wäre wirklich nicht tragbar, daß Eltern, wenn sie die Kinder in den Kindergarten schicken, unbedingt das Höchstmaß zahlen müssen von 45.000 Lire. Deswegen haben wir hier aus einer wirklich sozialen Überlegung, diese Ausnahme vorgesehen, weil wir das einfach nicht verantworten könnten, daß die Eltern für die Kinder, die sie in den Kindergarten schicken, den Höchstsatz zahlen müssen.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'emendamento: approvato a maggioranza con 4 astensioni.

Chi chiede la parola sull'articolo? Consigliere Costalbano ne ha facoltà.

COSTALBANO (NS-NL): Signor Presidente, per dire che sembrava che

queste sovvenzioni ai comuni fossero chissá cosa, nella sostanza se andiamo a guardare l'articolo si tratta di corrispondere degli aumenti pari al tasso di inflazione programmato per quanto riguarda le entrate correnti. Io capisco se ci fossero dei finanziamenti di carattere straordinario ecc. ma qua si tratta di garantire che le entrate normali corrispondano all'aumento della della vita il che non é, perché il tasso programmato non corrisponde per niente a quello che é l'aumento effettivo del tenore di vita. Questo per dire che se leghiamo questo primo comma al secondo viene fuori una conseguenza precisa. Io posso capire che l'assessore dice che se si introduce la modifica che io ho proposto nessun comune accetterebbe di farlo, a parte che rimane pur sempre la responsabilitá dei comuni che possono dire di poterlo fare e altri comuni no, però ci sono altri sistemi che possono essere adottati. Se si vuole arrivare ad un altro tipo di logica non é che mancano i meccanismi di modificazione per trovare delle normative diverse da queste che possano garantire al comune una certa libertá e nello stesso tempo garantire anche un certo tipo di selezione. Mi sembra che le cose si vogliano fare in quel senso. D'altra parte anche l'emendamento introdotto é un po' darsi il bastone sui piedi perché io non capisco come si possa fare il ragionamento sugli asili nido e non lo si debba fare per l'energia elettrica di una famiglia numerosa. Che differenza fa? Siccome all'asilo nido ci vanno tutti, con redditi alti o bassi, non capisco il perché di questa eccezione che viene introdotta.

Per tutti questi motivi voteró contro l'art. 4 che mi sembra incoerente con l'emendamento e che non dá nessuna garanzia di equitá nei confronti dei comuni e della popolazione dei comuni.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola sull'articolo? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 4 voti contrari e 2 astensioni.

Art. 5

(1) Con riferimento alle disponibilitá della Cassa depositi e prestiti per investimenti degli enti locali per gli anni 1984 e 1985, di cui all'art. 9 del decreto-legge 28.2.1983, n.55, convertito nella legge 26.4.1983, n.131, la Giunta provinciale comunica ai sensi dell'art. 6 del D.P.R. 28.3.1975, n.473, il proprio programma al Ministro del Tesoro al fine dell'indicazione del limite dei mezzi che la Cassa depositi e prestiti é in grado di destinare al territorio della provincia nei settori della finanza locale, dei lavori pubblici e dell'edilizia comunque sovvenzionata.

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 6

(1) La Provincia concorre al finanziamento dell'onere di ammortamento dei mutui contratti dai comuni negli anni 1983 e 1984 nella misura rispettiva

mente di 2/3 e di 1/3 qualora i prestiti vengano assunti per:

- a) aumenti d'asta e revisione prezzi di opere finanziate con mutui stipulati con la Cassa depositi e prestiti;
- b) completamento delle opere pubbliche in corso di esecuzione alla data di entrata in vigore della presente legge;
- c) opere fognanti, di depurazione o acquedottistiche;
- d) strade di allacciamento alla viabilità provinciale o statale, di competenza dei comuni;
- e) opere relative alla produzione, trasporto ed erogazione di energia;
- f) smaltimento dei rifiuti solidi urbani;
- g) altre opere di urbanizzazione primaria, con esclusione del verde attrezzato;
- h) investimenti destinati ad aziende municipalizzate o consortili, garantiti con delegazioni sulle entrate delle aziende stesse;
- i) case di ricovero per persone anziane;
- j) opere cimiteriali;
- k) ristrutturazione di opere elencate nelle precedenti lett. c), e), g), i) e j).

(2) Anche per i mutui assunti nel 1982, il cui ammortamento inizia nel 1983 e che risultano disciplinati dal sesto comma dell'art. 4 della legge provinciale 19.4.1983, n.11, si applicano le limitazioni alle opere elencate nel precedente comma.

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 7

(1) Mutui assunti per gli anni 1983 e 1984 da parte dei comuni presso istituti di credito diversi dalla Cassa depositi e prestiti vengono ammortizzati dalla Giunta provinciale nelle misure e per opere di cui al precedente art. 6.

(2) L'onere per la Provincia non può comunque superare le rate di ammortamento di un mutuo dello stesso importo assunto presso la Cassa depositi e prestiti.

(3) L'onere di ammortamento dei mutui contratti a decorrere dal 1.1.1985 deve essere fronteggiato senza che ne consegua aggravio per il bilancio della Provincia.

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 8

(1) Nel quadro economico dei progetti approvati deve essere indicata la copertura di massima dell'intero costo dell'opera anche se la realizzazione dell'opera avvenga per stralci o lotti funzionali. La copertura finanziaria nel relativo bilancio deve essere garantita per lo stralcio o il lotto per

il quale si procede all'appalto.

(2) L'importo delle perizie di varianti o suppletive ai progetti approvati successivamente al 1.1.1983, non dipendenti da revisione o aggiornamento prezzi, non può superare il 20% dell'importo progettuale originario.

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 4 astensioni.

Art. 9

(1) Fino all'ammontare delle somme attribuite ai comuni per investimenti ai sensi della legislazione provinciale, i comuni possono assumere presso istituti di credito diversi dalla Cassa depositi e prestiti, mutui a breve scadenza, la cui restituzione è garantita dalla delibera di assegnazione da parte della Giunta provinciale.

(2) Per l'estinzione dei mutui di cui al comma precedente la liquidazione dei contributi provinciali può essere effettuata dalla Provincia direttamente agli istituti di credito mutuanti.

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato all'unanimità.

Art. 10

(1) Alla copertura degli oneri derivanti dall'attuazione della presente legge, a carico di ciascuno degli esercizi finanziari 1984 e 1985, si provvede mediante utilizzo delle disponibilità finanziarie previste alla sezione 10, settore 1 (finanza locale), del bilancio pluriennale 1983-85 della Provincia, secondo le indicazioni della legge finanziaria annuale di cui all'art. 24 della legge provinciale 26.4.1980, n.8.

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 11

La presente legge è dichiarata urgente ai sensi dell'art. 55 dello Statuto speciale per la Regione Trentino-Alto Adige ed entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato con 18 voti favorevoli e 4 astensioni.

Dichiarazioni di voto? Nessuna. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: schede consegnate 25, sí 18, no 3, schede bianche 4. Il Consiglio approva.

Punto 23) all'ordine del giorno: "Disegno di legge provinciale n. 237/83: "Riduzione della durata della posizione funzionale "assistente in formazione" in ragione dell'anzianità di servizio e della professionalità possedute".

Punkt 23 der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 237/83: "Herabsetzung der Dauer der Ausbildung "Funktionsrang Assistent in Ausbildung" im Verhältnis zum erworbenen Dienstalter und zur Berufserfahrung".

Prego dare lettura della relazione accompagnatoria.

GEBERT-DEEG (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP): Der Artikel 74 des DPR vom 27.3.1969, Nr. 130, nach dem vom Art. 9 des Gesetzes vom 18.4.1975, Nr. 148 abgeändert Wortlaute sieht vor "zu den Wettbewerben für Assistenten sind zugelassen die Ärzte, welche mit Erfolg ein Praktikum von sechs Monaten im Fach bestanden haben, oder welche im Besitze des Titels des Privatdozenten oder des Facharztes im betreffenden Fache sind".

Der Artikel 17 des DPR vom 20.12.1979, Nr. 761 sieht vor, daß der Zugang zum Funktionsrang des Assistenten durch öffentliche Wettbewerbe nach Titeln und Prüfungen, getrennt nach den Aufgabenbereichen innere Medizin, Chirurgie, Vorbeugung und öffentliche Gesundheit erfolgt. Die Assistenten werden während des ersten Dienstjahres auch in anderen Diensten, Abteilungen und Sektoren als denen des eigenen Zugehörigkeitsbereiches nach dem Grundsatz der Abwechslung verwendet. In den darauffolgenden zwei Jahren werden sie ausschließlich im Rahmen des eigenen Zugehörigkeitsbereiches verwendet.

Nach den drei Jahren der Ausbildung werden die Assistenten endgültig in den freien Planstellen des eigenen Zugehörigkeitsbereiches eingestuft.

Gemäß Art. 82 des DPR 761/79 werden für das Personal der Sanitätseinheit der Provinz Bozen die Bestimmungen des genannten Dekretes mit 1.1.1982 wirksam.

Das M.D. vom 30.1.1982 (Art. 33) sieht die Voraussetzung des Praktikums von sechs Monaten für die Zulassung zu den Wettbewerben nach Titeln und Prüfungen für den Funktionsrang des Assistenten nicht mehr vor.

Der Art. 29 del M.D. vom 30.1.1982 sieht als spezifische Voraussetzung für die Zulassung zu den Wettbewerben für Oberarzt, Sanitätsdirektor-Stellvertreter und Krankenhaus-Oberarzt folgendes Dienstalter vor:

drei Jahre der interdisziplinären Ausbildung, gemäß Art. 17 des DPR 761/79, plus zwei Dienstjahre im Fach oder fünf Dienstjahre im Fach oder den Titel des Privatdozenten oder des Facharztes im betreffenden Fach.

Der Art. 24 des M.D. vom 30.1.1982 besagt "der von italienischen Staatsbürgern und von den Staatsbürgern der Mitgliedesstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Ausland in öffentlichen und privaten Institutionen und Stiftungen ohne Gewinnzweck geleistete Dienst, dem vom Personal des Sanitätsstellenplans geleisteten Dienste vergleichbar, wird mit der

gleichen Punkteszahl des entsprechenden Planstellendienstes im Staatsgebiet bewertet, wenn er im Sinne des Gesetzes vom 10.7.1960, Nr. 735 anerkannt wird".

Das G.D. vom 21.5.1982, Nr. 272, umgewandelt, mit Abänderungen in das Gesetz vom 19.7.1982, Nr. 461, Art. 2 vorletzter Absatz lautet "die Regionen schreiben innerhalb 30. November 1982 die Wettbewerbe aus, welche nach dem Verfahren gemäß M.D. vom 30.11.1982 durchzuführen sind".

Der Art. 37 des L.G. Nr. 25/76 sieht vor, daß der Landesauschuß mit einem bestimmten Verfahren die in der Provinz Bozen ansässigen Staatsbürger, welche im Ausland die entsprechenden und dort gesetzlich anerkannten Fachtitel erworben haben, zur Ausübung der ärztlichen Berufe, für welche Fachtitel verlangt werden, auf dem Gebiet der Provinz Bozen ermächtigen kann.

In der Provinz Bozen werden sicherlich Fälle vorkommen, daß ein Arzt, welcher die Voraussetzungen für die Zulassung zu Wettbewerben für Oberarzt, Sanitätsdirektor-Stellvertreter und Krankenhausoberarzt hat, weil solche Stellen nicht ausgeschrieben sind, an Wettbewerben für Assistenten teilnimmt. In diesem letzten Falle müßten die betreffenden Ärzte eine dreijährige Ausbildungszeit im Funktionsrange des Assistenten in Ausbildung gemäß Art. 17 des DPR 761/79 durchmachen.

Dieser Gesetzentwurf hat den Zweck, diese Ungereimtheiten auszuräumen und die erworbene Berufserfahrung aufzuwerten, auch in Anbetracht der besonderen rechtlichen und tatsächlichen Lage des Landes.

Art. 1: Befreiung von der Ausbildung bei Vorhandensein ebensovieler Dienatjahre der Privatdozentur oder des Fachtitels

Art. 2: Herabsetzung der Ausbildungszeit im Verhältnis zur Dauer des schon geleisteten Dienstes

Art. 3: Herabsetzung um sechs Monate des Bienniums im Zugehörigkeitsbereiche für die Ärzte, welche das Praktikum gemäß Art. 74 des DPR 130/69 bestanden haben.

L'art. 74 del DPR 27,3,1969, n. 130 nel testo modificato dall'art. 9 della legge 18.4.1975, n. 148 prevede che "ai concorsi per assistenti sono ammessi i sanitari che abbiano compiuto, con esito favorevole, sei mesi di tirocinio pratico nella disciplina o che siano in possesso della libera docenza o specializzazione nella disciplina".

L'art. 17 del DPR 20.12.1979, n. 761 prevede che alla posizione funzionale di assistente medico si accede mediante pubblici concorsi per titoli ed esami, distinti per aree funzionali di medicina, di chirurgia, di prevenzione e di sanità pubblica. Gli assistenti medici durante il primo anno di servizio sono utilizzati in servizi, reparti e settori delle aree funzionali, anche diverse di quelle di appartenenza, secondo criteri di avvicendamento. Nel successivo biennio sono utilizzati esclusivamente nell'ambito dell'area funzionale di appartenenza.

Al termine del triennio di formazione gli assistenti medici sono inquadri definitivamente nei posti di organico vacanti nell'area funzionale di appartenenza.

Ai sensi dell'art. 82 del DPR 761/79 per il personale delle USL della Provincia di Bolzano le disposizioni del decreto stesso devono essere applicate con 1.1.1982. Il DM 30.1.1982 (art. 33) non prevede più il requisito del tirocinio pratico di sei mesi per l'ammissione ai concorsi per titoli ed esami per la posizione funzionale di assistente medico.

L'art. 29 del DM 30.1.1982 prevede quale requisito specifico per l'ammissione ai concorsi per la posizione funzionale di coadiutore sanitario, vice direttore sanitario o aiuto corresponsabile ospedaliero:

L'anzianità di servizio costituita da un triennio di formazione interdisciplinare, prestato ai sensi dell'art. 17 del DPR 761/79 più due anni di servizio nella disciplina o da cinque anni di servizio nella disciplina ovvero libera docenza o specializzazione nella disciplina stessa.

L'art. 24 del DM 30.1.1982 recita "il servizio prestato all'estero dai cittadini italiani e dai cittadini degli stati membri della comunità economica europea, nelle istituzioni e fondazioni sanitarie pubbliche e private senza scopo di lucro, equiparabile a quello prestato dal personale del ruolo sanitario, è valutato con i punteggi previsti per il corrispondente servizio di ruolo, prestato nel territorio nazionale, se riconosciuto ai sensi della legge 10.7.1960, n. 735".

Il D.L. 21.5.1982, n. 272, convertito, con modificazioni nella legge 19.7.1982, n. 461 all'art. 2 penultimo comma recita "le regioni indicano, entro il 30.11.1982, i concorsi da espletare con le procedure previste dal DM 30.1.1982".

L'art. 37 della L.P. n. 25/76 prevede che la Giunta provinciale, seguendo una precisa procedura, può autorizzare l'esercizio delle professioni sanitarie nel territorio della provincia, per le quali sono richiesti titoli di specializzazione da parte di cittadini italiani residenti nella provincia stessa, che abbiano conseguito all'estero i corrispondenti titoli di specializzazione ivi legalmente riconosciuti.

Nella Provincia di Bolzano certamente si verificheranno dei casi che un medico in possesso dei requisiti di ammissione ai concorsi di coadiutore sanitario, vice-direttore sanitario o aiuto corresponsabile ospedaliero, non essendo banditi i concorsi per la copertura dei relativi posti, partecipino ai concorsi per assistenti medici. In quest'ultimo caso i medici interessati dovrebbero assolvere il tirocinio triennale nella posizione funzionale di assistente in formazione, come previsto dall'art. 17 del DPR 761/79.

Il presente disegno di legge ha lo scopo di ovviare a queste incongruenze e di valorizzare la professionalità acquisita, anche in considerazione della particolare situazione giuridica e di fatto nella Provincia.

Art. 1: esonero dal tirocinio di formazione in presenza di altrettanti anni di servizio, del possesso della libera docenza o della specializzazione.

Art. 2: riduzione del tirocinio in ragione della durata del servizio già prestato.

Art. 3: riduzione di sei mesi del biennio nell'area di appartenenza per i sanitari in possesso del tirocinio di cui all'art. 74 del DPR 130/69.

PRESIDENTE: Prego dare lettura della relazione della Commissione.

BURATTI (SVP): Am 13. Juni 1983 ist die erste Gesetzgebungskommission zusammengetreten, um den obgenannten Gesetzentwurf zu prüfen.

An der Sitzung nahm außerdem der Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen, Frau Waltraud Gebert-Deeg, teil.

Die zuständige Landesrätin erläuterte den Inhalt der Gesetzesvorlage und antwortete auf die von den Kommissionsmitgliedern gestellten Fragen in bezug auf die Assistenten und Gemeindeärzte.

Der Übergang zur Sachdebatte wurde mit 3 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Alle Artikel und der Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit wurden mit 3 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

In data 13 giugno 1983 si é riunita la prima Commissione legislativa per esaminare il succitato disegno di legge.

Alla seduta ha inoltre preso parte l'Assessore all'attività sociale e sanità, sig.ra Waltraud Gebert-Deeg.

L'Assessore competente ha illustrato i contenuti della proposta di legge, rispondendo ai quesiti posti dai Commissari riguardo ai medici assistenti e di base.

Il passaggio alla discussione articolata é stato approvato con 3 voti favorevoli e 2 astensioni.

Tutti gli articoli ed il disegno di legge nel suo complesso sono stati approvati con 3 voti favorevoli e 3 astensioni.

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale. Chi chiede la parola? Nessuno. Dichiaro chiusa la discussione generale e pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 1

Al fine di consentire l'attuazione della riforma sanitaria in provincia di Bolzano, nel rispetto delle norme sulla proporzionale linguistica e sulla conoscenza delle due lingue italiana e tedesca al fine di valorizzare il servizio prestato e le specializzazioni acquisite, sono esonerati dal tirocinio - posizione funzionale di assistente in formazione di cui all'art. 17 del DPR 20.12.1979, n. 761 - i sanitari:

- a) che hanno prestato servizio continuativo di ruolo o fuori ruolo di pari durata nella disciplina, senza demerito presso i servizi delle USL presso i servizi trasferiti alle stesso o presso servizi equipollenti od equiparabili di cui ed ai sensi degli artt. 25 e 26 del citato DPR n. 761/79;
- b) che sono in possesso della libera docenza o del titolo di specializzazione nella disciplina stessa, previa procedura di cui all'art. 37 della L.P. n. 25/76 in caso di fattispecie prevista dallo stesso articolo.

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 4 astensioni.

Art. 2

La durata del tirocinio - posizione funzionale di assistente in formazione di cui all'art. 17 del DPR 761/79 - é ridotta in ragione del periodo di servizio continuativo prestato di ruolo o fuori ruolo nella disciplina senza demerito presso le USL, presso servizi trasferiti alle stesse o presso servizi equipollenti o equiparabili di cui ai sensi degli artt. 25 e 26 del citato DPR 761/79 iniziando la riduzione dal biennio nell'area di appartenenza.

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 3

Ai sanitari che hanno espletato il tirocinio pratico di cui all'art. 74 del DPR 130/69, nel testo modificato dall'art. 9 della legge 18.4.1975, n. 148, la durata del tirocinio - posizione funzionale di assistente in formazione di cui all'art. 17 del DPR 761/79 - é ridotta di sei mesi. La riduzione si riferisce al biennio nell'area di appartenenza.

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 5 astensioni.

Dichirazioni di voto? Nessuna. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: schede consegnate 25, sí 20, schede bianche 5. Il Consiglio approva.
La parola all'assessore Durnwalder.

DURNWALDER (Landesrat für Landwirtschaft und Forstwesen - SVP): Ich möchte den Präsidenten höflichst ersuchen den Punkt 42 der Tagesordnung jetzt zur Behandlung vorzuziehen.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola sulla richiesta di anticipazione? Nessuno. La pongo in votazione: approvata a maggioranza con 1 astensione.

Punto 42) all'ordine del giorno: "Disegno di legge provinciale n. 259/83: "Esercizio delle deroghe previste dalla legge 5.8.1981, n.503, riguardante la ratifica ed esecuzione della convenzione relativa alla conservazione della vita selvatica e dell'ambiente naturale in Europa, adottata a Berna il 19.9.1979, nell'ambito del territorio del parco nazionale dello Stelvio, ricadente in provincia di Bolzano".

Punkt 42 der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 259/83: "Ausübung der Ausnahmenregelung, welche vom Gesetz Nr. 503 vom 5.8.1981 - Ratifizierung und Durchführung der Bernerkonvention vom 19.9.1979 zum Schutze der Wildwachsenden Pflanzen und Freilebenden Tiere sowie ihrer Lebensräume in Europa - vorgesehen ist, im Gebiet des Nationalparkes Stilfser-Joch, welches innerhalb der Provinz Bozen liegt".

La parola alla Giunta per la lettura della relazione accompagnatoria.

DURNWALDER (Landesrat für Landwirtschaft und Forstwesen - SVP): Der Art. 3 des DPR vom 22.3.1974 Nr. 279 - "Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatut für die Region Trentino-Südtirol betreffend Mindestbewirtschaftungseinheiten, Jagd und Fischerei-Land- und Forstwirtschaft" - überträgt der Autonomen Provinz Bozen die Verwaltungsbefugnisse für den innerhalb ihres Gebietes liegenden Teil des Nationalparkes Stilfser Joch.

Der letzte Absatz dieses Artikels verfügt, daß bei der Ausübung dieser Befugnisse, bis zum Inkrafttreten eines eigenen Landesgesetzes, welches die Formen und die Art des besonderen Schutzes festlegt, die Bestimmungen des Gesetzes vom 24.4.1935, Nr. 740 sowie der Durchführungsverordnung vom 30.6.1951, Nr. 1178, soweit anwendbar, wirksam bleiben.

Es ist festzuhalten, daß das Gesetz vom 5.8.1981, Nr. 503, welches nachher in Kraft getreten ist, besondere Auflagen zum Schutze und der Erhaltung der wildwachsenden Pflanzen und freilebenden Tiere vorsieht.

Dieses Gesetz beinhaltet die Ratifizierung und Durchführung der Berner Konvention vom 19.9.1979 zum Schutze der Flora und Fauna sowie deren Lebensräume in Europa.

Es handelt sich dabei um eine Konvention, welche - zumal vom nationalen Parlament ratifiziert - die Verpflichtung zur Einhaltung der Grundsätze für den Schutz der Naturgüter, gemäß internationaler Vereinbarungen mit sich bringt.

Daraus ergibt sich, daß seine korrekte Anwendung die einzige Bedingung darstellt, welcher die genannte Durchführungsbestimmung mit verfassungsrechtlichem Rang untergeordnet ist und daß daher hinsichtlich der Ausübung der zulässigen Tätigkeiten innerhalb des Parkes, Nr. 740 und die dazugehörige Durchführungsverordnung vom 30.6.1951, Nr. 1178, zur Anwendung kommen.

Der beiliegende Gesetzentwurf überträgt dem Landesausschuß die Möglichkeit die Ausnahmebestimmungen im Sinne des Art. 9 des Gesetzes vom 5.8.1981, zu genehmigen.

L'art. 3 dell DPR 22.3.1974, n. 279 concernente "norme di attuazione dello statuto speciale per la regione Trentino Alto Adige in materia di minime proprietà culturali, caccia e pesca, agricoltura e foreste" attribuisce alla Provincia di Bolzano le funzioni amministrative concernenti il parco nazionale dello Stelvio nell'ambito del territorio ricadente in provincia di

Bolzano.

L'ultimo comma dello stesso articolo stabilisce che, nell'esercizio di tali funzioni, fino all'entrata in vigore delle norme provinciali che disciplinano con legge le forme e i modi della specifica tutela, restano operanti, per quanto applicabili, quelle contenute nella legge 24.4.1935, n. 740, e nel regolamento di esecuzione approvato con decreto del Presidente della Repubblica 30.6.1951, n. 1178.

E' da precisare che la legge 5.8.1981, n. 503 successivamente entrata in vigore, ha prescritto particolari condizioni per quanto riguarda la tutela e protezione di particolari specie della flora e della fauna selvatica.

Tale legge infatti si riferisce alla ratifica ed esecuzione della convenzione relativa alla conservazione della vita selvatica e dell'ambiente naturale in Europa, adottata a Berna il 19.9.1979; trattasi di una convenzione che, in quanto ratificata dal Parlamento nazionale, fa discendere l'obbligo al rispetto dei principi fondamentali di tutela dei beni naturali stabiliti da accordi internazionali. In conseguenza di ciò, la sua corretta applicazione rappresenta l'unica condizione cui è subordinata la norma di attuazione, di valore costituzionale, che stabilisce come esclusiva disciplina, nell'esercizio delle attività ammesse all'interno del parco, la sopra richiamata legge 24.4.1935, n. 740 e relativo regolamento di esecuzione approvato con DPR 30.6.1951, n. 1178.

Il disegno di legge allegato attribuisce alla Giunta provinciale la facoltà di autorizzare le deroghe alle disposizioni contenute nella convenzione stessa, ai sensi dell'art. 9 della legge 5.8.1981.

PRESIDENTE: Prego dare lettura della relazione della seconda Commissione.

BERTOLINI (SVP): Am 5. Juli 1983 ist die zweite Gesetzgebungskommission zusammengetreten, um den oben angeführten Gesetzentwurf zu behandeln.

An der Sitzung nahmen auch der Landesrat für Landwirtschaft und Forstwesen Dr. Luis Durnwalder und der Landesrat für Landschaftsschutz und Transportwesen Ing. Giorgio Pasquali teil.

Landesrat Pasquali erläuterte einleitend die Zielsetzungen dieses Gesetzentwurfes und ging dabei auch auf die Problematik des Stilfserjoch-Nationalparks ein, welcher zum Teil in einen Naturpark umgewandelt werden soll.

Der Abgeordnete D'Ambrosio behielt sich vor, das Problem in seinen Details noch zu erläutern und kündigte seine Stimmenthaltung an.

Der vorgelegte einzige Artikel wurde bei 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Über Ersuchen von Landesrat Durnwalder wurde mit 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung die Dringlichkeitsklausel als Art. 2 aufgenommen, sodaß der "einzige Artikel" zum "Artikel 1" wird.

Der Gesetzentwurf wurde in der Schlußabstimmung ohne Stimmabgabeerklärung bei 5 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

In data 5 luglio 1983 si è riunita la seconda Commissione legislativa per trattare il succitato disegno di legge.

Alla seduta hanno inoltre preso parte l'Assessore per l'Agricoltura e le Foreste dott. Luis Durnwalder e l'Assessore alla Tutela del paesaggio e ai Trasporti, ing. Giorgio Pasquali.

In apertura della seduta l'Assessore Pasquali ha illustrato gli obiettivi del presente disegno di legge, soffermandosi anche sulla problematica del Parco nazionale dello Stelvio, che verrà in parte trasformato in un Parco naturale.

Il consigliere D'Ambrosio si è riservato di esaminare ancora i dettagli del problema preannunciando la propria astensione.

L'articolo unico è stato approvato con 5 voti favorevoli e 1 astensione.

La richiesta dell'Assessore Durnwalder di aggiungere la clausola d'urgenza quale art. 2 è stata approvata con 5 voti favorevoli e 1 astensione, diventando quindi "l'articolo unico" l'art. 1.

Nella votazione finale il disegno di legge è stato approvato, senza dichiarazioni di voto, con 5 voti favorevoli e 1 astensione.

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale. La parola al consigliere D'Ambrosio.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Spero di non dare tanto disturbo all'assessore che non so perché ritiene di avere una certa fretta per questa "leggina" che però non vorrei che passasse sotto gamba perché ha una certa rilevanza. Con la riserva in commissione fatta in attesa delle documentazioni che l'assessore aveva promesso, la rinviemo a quanto più compiutamente disponiamo di quanto ci era stato detto veniva fornito. Il nostro ragionamento non può che essere ancora una volta duplice, uno verso l'attenzione che c'è verso i parchi naturali all'interno dei quali si debbono prendere tutte le precauzioni e misure possibile per la tutela dell'ambiente, della flora, della fauna e di tutto ciò che può caratterizzare un parco. Verso i parchi è inutile che stiamo a raccontarci della sollecitazione e l'attenzione fra l'opinione pubblica perché le loro caratteristiche siano sempre di più e meglio salvaguardate, ma non v'è dubbio che vi sono anche degli elementi che inducono a prendere determinate misure e da come si è tanto raccontato soprattutto in commissione di salvaguardia verso l'attività economico-produttiva di alcuni contadini, perché lamentano una eccessiva scesa a valle della selvaggina che arreca danni. Di qui si dice un tentativo di intervenire perché ve ne sono in sovrappiù e anche perché è stato precisato non sono certo i compensi previsti ad integrazione dei danni subiti quelli che possono compensare effettivamente il danno medesimo.

Contemporaneamente con questa legge la Giunta provinciale rivendica fino in fondo una sua competenza racchiusa in una norma di attuazione

dello Statuto di autonomia che però deve conciliarsi con un accordo internazionale ratificato dal nostro Parlamento sempre inerenti i parchi. Fino qui un aspetto formale che diventa anche sostanziale. Ciò che invece noi ribadiamo, non ne siamo convinti perché attendiamo la documentazione e ci riserviamo alla luce della documentazione una ricognizione più puntuale di esprimere un giudizio di fondo, è quel ragionamento fatto in sede di commissione che intenderebbe a questo progetto, di scomporre il parco in una parte parco nazionale e in una parte parco naturale all'interno del quale dovrebbero essere permesse attività che invece verrebbero proibite all'interno del parco nazionale. Su questo elemento non vado oltre, lo accenno come elemento di riserva e questo complesso di riserva ci porta a dire che il nostro voto sarà di astensione.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola? Nessuno. Dichiaro chiusa la discussione generale e pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata: approvato a maggioranza con 4 astensioni.

Art. 1

Fermo restando quanto disposto all'ultimo comma dell'articolo 3 del DPR 22.3.1974, n. 279, e nel rispetto delle norme contenute nella legge 24.4.1935 n. 740, nel DPR 30.6.1951, n. 1178 e degli obblighi internazionali risultanti dalla convenzione di Berna del 19.9.1979 cui è stata data piena ed intera esecuzione con la legge 5.8.1981 n. 503 nonché, in quanto applicabile, della normativa provinciale vigente in materia di protezione della flora e della fauna e della caccia, nell'ambito del territorio del parco nazionale dello Stelvio, ricadente in provincia di Bolzano, le deroghe previste all'art. 9 della legge 5.8.1981, n. 503, sono autorizzate dalla Giunta provinciale, nei limiti e per le finalità in essa previsti, avvalendosi, fino alla costituzione del consorzio di cui al 4° comma dell'art. 3 del DPR 22.3.1974, n. 279, dell'Ufficio amministrazione forestale demaniali per il parco nazionale dello Stelvio di Bormio.

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 2

La presente legge è dichiarata urgente ai sensi dell'art. 55 dello Statuto speciale per la Regione Trentino-Alto Adige ed entrerà in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino ufficiale della Regione.

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: respinto con 17 voti favorevoli e 5 astensioni.

Dichiarazioni di voto? Nessuna. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: schede consegnate 25, sí 19, no 2, schede bianche 4. Il Consiglio approva.

Punto 24) all'ordine del giorno: "Disegno di legge provinciale n. 238/83: "Norme in materia di formazione professionale degli apprendisti".

Punkt 24 der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 238/83: "Bestimmungen über die Berufsausbildung von Lehrlingen".

La parola alla Giunta per la lettura della relazione.

SPÖGLER (Landesrat für Handwerk, Fremdenverkehr und Sport - SVP): Dem Ausbildungssystem, das auf dem Zusammenwirken zwischen Betrieb und Berufsschule beruht, kommt in Südtirol im Rahmen der beruflichen Ausbildung seit je eine beherrschende Rolle zu. Mit dem L.G. Nr. 30 vom 17.11.1981 sollte es eine weitere Festigung der Fortentwicklung erfahren. Diese Absicht des Gesetzgebers wird in einer Reihe von Bestimmungen deutlich, die darauf abzielen, die Ausbildungsinhalte klarer und verbindlicher zu gestalten und betriebliche und schulische Ausbildungsprogramme verstärkt aufeinander abzustimmen.

Mit der Lehrlingsordnung konnte also ein Prozeß der schrittweisen Verbesserung der Ausbildungsqualität eingeleitet werden. Die immer deutlicher zutage tretenden Schwierigkeiten der Wirtschaft haben jedoch in quantitativer Hinsicht die Lehrlingsausbildung vor neue Probleme gestellt. Die Lehrlingszahlen, die in den Jahren der Hochkonjunktur in ständiger Zunahme begriffen waren, erfuhren erstmalig einen empfindlichen Einbruch. Diese rückläufige Entwicklung zeichnete sich bereits im Frühjahr 1981 ab und hat in knapp 2 Jahren die Gesamtzahl der Lehrlinge um ca. 20% schrumpfen lassen.

Wenngleich durch den Konjunkturrückgang der gesamte Arbeitsmarkt in Mitleidenschaft gezogen wurde, so ist es dennoch der Lehrstellenmarkt, der am stärksten dadurch betroffen wurde. Grund dafür ist vor allem das durch den Mechanismus der gleitenden Lohnskala bedingte, unverhältnismäßige Ansteigen der Tariflöhne für Lehrlinge. Es steht außer Zweifel, daß der plötzlich aufgetretene und zunehmend akuter werdende Lehrstellenmangel eine Folge des Zusammentreffens beider Faktoren, der wirtschaftlichen Rezession einerseits und der übermäßigen Lohnkostensteigerung andererseits, ist.

Die Lohnkosten wiegen für den Betreib umso schwerer, als unser Landesgesetz die obligatorische Berufsschule für Lehrlinge vorsieht und der Lehrling somit zusätzlich zu dem ihm zustehenden Jahresurlaub entweder einen Tag wöchentlich oder für einen durchgehenden Zeitraum von 9 Wochen jährlich vom Betrieb fern ist. Diesbezüglich besteht eine eklatante Ungleichheit zwischen den lehrlingshaltenden Betrieben unserer Provinz und denen der übrigen Regionen, zumal in keinem Teil Italiens weder ein Berufsschulsystem, wie in Südtirol, noch eine überwachte Berufsschulpflicht besteht.

Auch besteht ein erheblicher Unterschied zwischen den Lehrlingslöhnen, die unsere nationalen Kollektivverträge vorsehen, und denen Österreichs und der Bundesrepublik, Länder, in denen vergleichbare Ausbildungsverhältnisse für Lehrlinge vorzufinden sind. Zum Vergleich seien folgende Beispiele angeführt: Ein Lehrling des Metallhandwerkes erhält im ersten Lehrsemester in Italien brutto L. 651.000, in Österreich L. 204.000, in der BRD L. 208.000, ein Lehrling des Handels L. 631.000 in Italien, L. 199.000 in Österreich und L. 310.000 in der BRD.

Die Verzerrung wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, daß das allgemeine Lohn- und Gehaltsniveau in den genannten Ländern teilweise erheblich über dem Italiens liegt.

Die Lohnkostenbelastung, die mit der Lehrlingshaltung verbunden ist, muß auf ein vertretbares Maß herabgesetzt werden, will man Betriebe auch in einer Zeit wachsender Auftragschwierigkeiten und eines sich zunehmend verschärfenden Wettbewerbes zur Lehrlingseinstellung motivieren und die Lehrlingsausbildung so aus der derzeitigen Krise herausführen.

In diesem Sinne soll mit dem vorliegenden Gesetz die Pflicht, Berufsschulstunden wie Arbeitsstunden zu entlohnen, aufgehoben werden.

Die Gesetzgebungszuständigkeit des Landes auf dem Gebiet der Berufsausbildung sowie auf dem des Lehrlingswesens stellt eine ausreichende Kompetenzgrundlage für eine solche Neuregelung dar.

Die im Gesetz 25/1955 enthaltene, abweichende Bestimmung kann bei einer Interpretation, die notwendigerweise dem besonderen, geschichtlich gewachsenen Ausbildungs- und Berufsschulsystems unseres Landes Rechnung tragen muß, nicht als ein, den Landesgesetzgeber bindender Grundsatz angesehen werden.

Auch anderslautende Regelungen der nationalen Kollektivverträge können die verfassungsrechtlich garantierten, autonomen Zuständigkeiten des Landes nicht einschränken, da Kollektivverträge in der Rechtsquellenhierarchie jedenfalls den ordentlichen Gesetzen, selbstredend auch denen des Landes, untergeordnet sind.

Hervorgehoben sei schließlich, daß die in den Kollektivverträgen vorgesehene Stundenentlohnung für jede effektive Arbeitsstunde durch das vorliegende Gesetz nicht berührt wird. Da der Lehrling während der Stunde des Berufsschulunterrichtes dem Betrieb keinen unmittelbaren, wirtschaftlichen Nutzen zuführt, wohl aber selbst für seine berufliche und kulturelle Entfaltung einen Nutzen gewinnt, erscheint die mit diesem Gesetz angestrebte Neuverteilung der Lasten gerechtfertigt. Die auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Monatslohn nach wie vor für die Bestreitung des Lebensunterhaltes des Lehrlings jedenfalls ausreichend ist.

Il sistema formativo dualistico, che é fondato sulla collaborazione e la reciproca integrazione fra azienda e scuola, ha da sempre rivestito un ruolo predominante un Provincia di Bolzano. La L.P. 17.11.1981, n. 30 mira a consolidare e a sviluppare ulteriormente tale sistema. Essa, infatti, contiene una serie di disposizioni volte ad individuare meglio i contenuti for-

mativi e a renderli obbligatori nonché ad armonizzare i piani di addestramento aziendale con i programmi didattici della scuola.

Con l'entrata in vigore dell'ordinamento dell'apprendistato, quindi, è stato avviato un processo che tende ad elevare progressivamente la qualità dell'addestramento e della formazione professionale. La crisi economica tuttavia ha posto l'apprendistato di fronte a nuovi problemi di ordine quantitativo: il numero degli apprendisti che negli anni del boom economico registrava un continuo aumento ha subito per la prima volta una brusca flessione. Il calo del numero complessivo degli apprendisti il cui inizio risale ai primi mesi del 1981 sta toccando, a due anni di distanza il 20%.

La recessione economica pur coinvolgendo l'intero mercato di lavoro ha prodotto gli effetti più drammatici nel settore degli apprendisti. Ciò si ricollega al meccanismo della scala mobile che ha fatto lievitare in misura sproporzionata le retribuzioni tariffarie degli apprendisti. Non vi è dubbio che la crescente carenza di posti di lavoro per apprendisti deriva dalla compresenza di due fattori: la recessione economica da un lato e l'esplosione dei costi di lavoro dall'altro. Il costo del lavoro per apprendisti pesa ancora di più se si considerano le assenze del posto di lavoro dovute alla frequenza obbligatoria della scuola professionale; l'apprendista infatti, oltre alle ferie annuali che contrattualmente gli spettano, è assente dall'azienda un giorno alla settimana o, in alternativa, per un periodo di nove settimane all'anno.

A tal riguardo le aziende occupanti apprendisti della nostra provincia si trovano in una posizione di netto svantaggio rispetto ad analoghe aziende delle altre regioni in quanto in nessun'altra zona d'Italia esiste un sistema di insegnamento complementare per gli apprendisti che sia paragonabile al nostro né un controllo rigido sulle frequenze.

Si intende qui sottolineare anche la rilevante differenza che c'è fra le retribuzioni per apprendisti previste dai nostri contratti nazionali e quelle applicate in Austria o nella Repubblica Federale Tedesca, paesi, che hanno un sistema di formazione ed addestramento per gli apprendisti molto simile a quello della nostra Provincia. A titolo di esempio: un apprendista artigiano metalmeccanico nel primo semestre di apprendistato percepisce una retribuzione lorda di L. 651.000.- in Italia, di L. 204.000 in Austria e di L. 208.000 nella R.F.T. all'apprendista del commercio compete nel primo semestre di apprendistato in Italia L. 631.000 in Austria L. 199.000 e nella R.F.T. L. 310.000. Lo squilibrio è ancora più evidente se si considera che il livello retributivo generale nei paesi citati è in parte notevolmente superiore a quello italiano. Il costo del lavoro per apprendisti deve essere ricondotto entro limiti ragionevoli se si spera di invogliare le imprese, nonostante la crisi economica e l'aggravarsi della situazione concorrenziale, ad assumere apprendisti e di rilanciare così l'istituto dell'apprendistato.

In tal senso il presente disegno di legge tende ad abolire l'obbligo di retribuire le ore scolastiche come ore lavorative.

Costituiscono la base giuridica per un siffatto intervento legislativo

le competenze legislative attribuite alla Provincia in materia di formazione professionale e di apprendistato.

La regolamentazione differente contenuta nella legge 25/1955 non può essere interpretata come principio atto a vincolare il legislatore provinciale nell'ambito della sua competenza legislativa secondaria. Un'interpretazione corretta, infatti, non può non tener conto degli aspetti peculiari nel nostro sistema formativo che ha proprie radici storiche.

Per quanto riguarda il contrasto che viene a crearsi con la disciplina contenuta nei CCNL va tenuto presente che tale disciplina contrattuale è fonte giuridica di grado inferiore rispetto alla legge ordinaria, cui la legge provinciale è parificata, e non può assolutamente pregiudicare le competenze della Provincia costituzionalmente garantite.

Si rileva infine che la retribuzione minima oraria prevista dai CCNL per le ore di effettivo servizio non viene minimamente toccata. Una ridistribuzione degli oneri cui la presenza legge tende pare, infine, giustificata considerando che le ore di frequenza scolastica non si traducono in profitto per l'azienda bensì in un vantaggio diretto per lo sviluppo culturale e professionale dell'apprendista. La retribuzione mensile che compete all'apprendista rimane comunque largamente sufficiente per il suo sostentamento.

PRESIDENTE: Prego dare lettura della relazione della Commissione.

BURATTI (SVP): Am 13. Juni 1983 ist die erste Gesetzgebungskommission zusammengetreten, um den oben angeführten Gesetzentwurf zu prüfen.

Zur Sitzung sind auch der Landesrat für Handwerk, Fremdenverkehr und Sport, Dr. Franz Spögl, und der Beamte Dr. Johann Punter erschienen.

Der zuständige Landesrat erläuterte die Gesetzesmaßnahmen, wobei er einräumte, daß die darin enthaltenen Bestimmungen das Problem nicht lösen, sondern lediglich der Krise im Lehrlingswesen entgegenwirken. Durch eine Senkung der Entlohnung, für die sich sowohl die Arbeitgeber als auch die Gewerkschaften ausgesprochen haben, sollen die Betriebe dazu veranlaßt werden, mehr Lehrlinge einzustellen.

Abgeordneter Costalbano sprach sich gegen den Gesetzentwurf aus, der nicht das Abkommen zwischen den drei betroffenen Partnern (Arbeiter, Arbeitgeber und Gewerkschaften) widerspiegelt, sondern den Willen der Landesregierung.

Abgeordneter Kaserer sprach sich für den Gesetzentwurf aus, mit dem die Krise nicht bewältigt wird, jedoch immerhin den Jugendlichen zumindest die Möglichkeit bietet, eine angemessene Ausbildung zu genießen und Arbeit zu finden.

Abgeordnete Barbiero erklärte, sie werde gegen diese Maßnahme stimmen, da sie ihres Erachtens das Problem des Lehrlingswesens nicht bewältigen und auch keine fördernde Wirkung in diesem Bereich auslösen kann. Diese Maßnahme stelle die Arbeitgeber zufrieden, werde jedoch Unzufriedenheit bei den Lehrlingen hervorrufen.

Abgeordnete Bertolini bewertete die von der Opposition betriebene Politik als zu wenig konkret, da sie nur die Maßnahmen der Regierung beanstandet, ohne Alternativen vorzuschlagen. Außerdem setzte sie sich für eine angemessene Entlohnung der Lehrlinge ein.

Abgeordneter Mitolo kündigte seine Stimmenthaltung zum Gesetzentwurf an, der ein schwierig zu meisterndes Problem angeht und allen Opfer auferlegt.

Der stellvertretende Kommissionsvorsitzende Buratti erklärte, er befürworte den Gesetzentwurf, da er den Jugendlichen Arbeitsmöglichkeiten verschaffe.

Der Übergang zur Sachdebatte wurde mit 3 Ja-Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung gutgeheißen.

Art. 1 und 2: mit 3 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung genehmigt.

Art. 3: einstimmig genehmigt.

Ohne Erklärungen zur Stimmabgabe wurde der Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit mit 3 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung genehmigt.

In data 13 giugno 1983 si è riunita la prima Commissione Legislativa per esaminare il succitato disegno di legge.

Alla seduta hanno inoltre preso parte l'Assessore all'artigianato, turismo e sport, dott. Franz Spögler ed il funzionario dott. Johann Punter.

L'Assessore competente ha illustrato il provvedimento di legge ed ha ammesso che le norme in esso contenute non sono la soluzione ma un rimedio alla crisi dell'apprendistato. Attraverso un ridimensionamento delle retribuzioni, a favore del quale si sono espressi sia i datori di lavoro che i sindacati, si prevede di indurre le aziende ad assumere un maggior numero di apprendisti.

Il consigliere Costalbano si è espresso contro il disegno di legge che non rappresenta l'accordo delle tre parti in causa (lavoratori, datori di lavoro e sindacati), ma è l'espressione della volontà della Provincia.

Il consigliere Kaserer si è espresso a favore del provvedimento in esame che non risolve la crisi, ma offre almeno la possibilità ai giovani di avere una adeguata preparazione ed un lavoro.

Il consigliere Barbiero ha dichiarato che voterà contro il provvedimento, che ritiene non adeguato alla soluzione del problema dell'apprendistato né alla sua incentivazione. Se da una parte esso soddisfa i datori di lavoro, dall'altra porterà scontento fra gli apprendisti.

Il consigliere Bertolini ha giudicato poco concreta la politica dell'opposizione, che critica i provvedimenti della Giunta, senza però offrire proposte alternative. Ha inoltre sostenuto una equa retribuzione del lavoro svolto dagli apprendisti.

Il consigliere Mitolo ha annunciato di astenersi sul disegno di legge che affronta un problema di non facile soluzione e che comporta sacrifici per tutti.

Il vicepresidente Buratti ha dichiarato di appoggiare questa proposta

legislativa perché offre una possibilità di lavoro ai giovani.

Il passaggio alla discussione articolata è stato approvato con 3 voti a favore, 2 voti contrari, 1 astensione.

Artt. 1 e 2: approvati con 3 voti favorevoli, 1 contrario e 1 astensione.

Art. 3: approvato all'unanimità.

Senza dichiarazioni di voto, il disegno di legge nel suo complesso è stato approvato con 3 voti favorevoli, 1 contrario ed 1 astensione.

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale. La parola al consigliere Erschbaumer.

ERSCHBAUMER (SPS): Sehr geehrter Herr Präsident! Vom Begleitbericht her kann man entnehmen, daß Vorleger dieses Gesetzentwurfes Landesrat Spögler besorgt ist über das Sinken der Zahl der Lehrlinge. Er formuliert völlig richtig, daß in den letzten zwei Jahren diese Zahlen um 20% geschrumpft sind. Damit will er eine Maßnahme ergreifen, daß sich hier eine Änderung ergibt. Vielleicht aus der Sicht für den betreffenden Lehling auch, für die Probleme, die es in der Jugend überhaupt gibt, gegen die Arbeitslosigkeit, für die Arbeitsplatzbeschaffung, es gibt viele Probleme, aber auch die Berufssparte selber, dort wo eine Abnahme da ist, für die Zukunft der Berufssparte selber, glaube ich, ist es notwendig, daß man Maßnahmen ergreift. Nun, die Maßnahme als solche zieht in eine Richtung, wo man ein bereits erworbenes Recht abbaut und es ist allgemein bekannt, daß ich in den letzten zehn Jahren im Südtiroler Landtag mich immer gegen Abbau von bereits erworbenen Rechten gewehrt habe und in diesem Fall geht die Belastung ganz auf Kosten des Lehrlings. Ich bin aber allein mit der Meinung, daß man hier etwas tun muß, daß es wieder mehr Möglichkeiten gibt völlig mit dem Einbringer des Gesetzentwurfes einer Meinung und darf ich in Erinnerung rufen, was wir oder was ich damals in Mai 1982 im Zusammenhang mit der Behandlung zweier Beschlußanträge, einer der von mir vorgelegt wurde, gesagt habe. Ich sagte: jeder Jugendliche in Südtirol muß die Chance für eine qualifizierte Berufsausbildung haben. Kein Jugendlicher darf benachteiligt werden, weil er einem geburtenstarken Jahrgang angehört. Die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen ist vorrangig eine Aufgabe der Wirtschaft, aber wenn das nicht funktioniert, dann muß die öffentliche Hand eingreifen und das Recht auf Ausbildung sichern.

Ich bin aber auch der Meinung, wenn man eine solche Frage hier behandelt, hätte man vielleicht diese Frage doch den Sozialpartnern unterbreiten sollen. Ich meine jetzt nicht die Sozialpartner getrennter Form, den Wirtschaftssozialbeirat. Wir haben in den letzten Monaten eine Reihe von Gesetzen im Südtiroler Landtag beschlossen, alle ohne Gutachten des Wirtschafts- und Sozialbeirates. Hier muß ich einmal sagen, daß ich hier bei diesem Gesetz nicht die Landesregierung kritisiere, denn hier muß ich auch einmal objektiv sein und sagen, der Präsident des Wirtschafts- und

Sozialbeirates ist jetzt ein Arbeitnehmervertreter und diese Organisationen, denen er angehört, die haben sich öffentlich geäußert, auch zu diesem Gesetzentwurf und die hätten die Chance und die Möglichkeit gehabt die Sozialpartner, also in diesem Falle den Wirtschafts- und Sozialbeirat einzuberufen und das dort zu diskutieren und zu debattieren. Das hätte ich mir gewünscht und vorgestellt. Das ist nicht geschehen, deswegen ist die öffentliche Kritik, von welcher Seite sie auch immer wieder kommt, daß der Wirtschafts- und Sozialbeirat nicht funktioniert, nicht immer gerechtfertigt. Denn wenn der Präsident jetzt ein Arbeitnehmervertreter ist und solche Gesetze selbst nicht, er hat die Kompetenz dazu, selbst nicht sich darum bemüht, daß man darüber redet, dann kann man auch einerseits nicht jammern, daß die Sozialpartnerschaft nicht funktioniert, wie es heute in der Stellungnahme des ASGB in den "Dolomiten" steht. Da tut man wahrscheinlich auch viel zu wenig dazu, da muß man schon etwas mehr tun. Das wäre eine Chance gewesen diese Frage grundsätzlich zu diskutieren. Es ist gut, daß sie auch in der Öffentlichkeit diskutiert wird, in den Medien, jeder hat das Recht eine Stellungnahme abzugeben, aber mir geht es darum, daß man diese Frage seriös behandelt, denn hier geht es um grundsätzliche Sachen, hier geht es auch um einen ideologischen Einbruch, wenn man hier die Bereitschaft zeigt diesen Abbau allein den schwächeren anzulasten, dann geht es auch um einen ideologischen Einbruch.

Weiters möchte ich erwähnen, daß im Begleitbericht darauf hingewiesen wird, über die Löhne Österreich und Bundesrepublik Deutschland. Heute vormittag hatten wir Besuch des Abg. Herbert Schneider aus Hessen, die Delegation aus Hessen war da, wir haben ihn kennengelernt und er hat sich das von der Tribüne aus angehört und er wurde auch von mir informiert, daß wir heute noch, er hat es in den letzten Tagen auch in den Medien gelesen, dieses Gesetz behandeln werden. Zufälligerweise hat er Material bei sich gehabt, weil er Gewerkschaftsvorsitzender des Bezirkes Wiesbaden ist vom deutschen Gewerkschaftsbund und Landtagsabgeordneter, da sagt er, da muß man ein bißchen vorsichtiger sein, daß man nicht so global die Beispiele von der Bundesrepublik Deutschland hernimmt. Bis zum 1. Jänner 1983 bekommen in der Bundesrepublik nach dem Arbeitsförderungsgesetz alle, die Gymnasien auf der 11. Klasse besuchten monatlich 275.- DM also nicht Berufsschule. Berufsfachschule nach der zehnten Klasse 275.-DM, Fachoberschulen, ohne Voraussetzung einer abgeschlossenen Berufsausbildung 275.- DM, Fachoberschulklassen, Voraussetzung abgeschlossene Berufsausbildung 490.- DM monatlich bekamen. Also wenn sie diese Schulen besuchen, nicht die Berufsschule. Fachschulen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzen, z.B. Ausbildung zum Erzieher usw. 445.- DM. Und Bayern hat eine besondere Regelung, Berufsaufbauschulen mit 490.- DM monatlich. Das war bisher, also bis zum 1. Jänner 1983 und mit Regierung Kohl, Gentscher sind dann auch einige dieser Sachen abgebaut worden, so daß nur mehr Ausnahmefälle berücksichtigt würden. Was die Entlohnung der Lehrlinge anbelangt ist es auch dort unterschiedlich von Berufszweigen, hat er mir heute gesagt, von 300 DM bis 1200 DM monatlich,

nach Berufssparte unterschiedlich, es hängt davon ab, welchen Kollektivverträgen sie angehören, welchen Organisationsgrad, was die Gewerkschaft durchsetzen konnte, usw. ist natürlich unterschiedlich. Aber von 300 bis 1200 DM. So hat er es mir gesagt. Dann bin ich der Meinung, sollte man nicht allzu viele Beispiele bringen, daß es draußen so große Unterschiede gibt, nur der Unterschied ist der, daß bei uns vielleicht tatsächlich zwischen dem Arbeiter und dem Lehrling der Unterschied zu klein ist, aber dann könnte man den Unterschied bei den anderen höher machen und nicht beim Lehrling hinuntertun. Also, diese Unterschiede könnten sein, daß in der Bundesrepublik Deutschland der Arbeiter mehr bekommt, daß der Unterschied dort größer ist.

Noch etwas, vor der Bundestagswahl in März 1983 haben die Betriebe den Bundeskanzler Kohl versprochen im Laufe des Jahres 1983 30.000 neue Lehrplätze zu schaffen. Anscheinend wollen sie dieses Versprechen auch halten. Es ist viel kritisiert worden, daß das ein politisches Geschenk ist, usw. aber ich sage, wenn sie jetzt etwas tun, daß sie tatsächlich Lehrplätze schaffen, dann wollen sie anscheinend auch in schwierigen Zeiten etwas tun. Es gibt da von der Ofenbacher Wirtschaft ein Flugblatt, also von der Wirtschaft selber, wo sie jetzt noch einmal darauf aufmerksam machen, daß sie diese 30.000 Plätze zu machen versprochen haben und daß sie jetzt ihre Leute aufrufen, sie sollen tatsächlich alles tun. Ich glaube, auch hier sollte man, ich möchte nicht sagen, daß man jetzt vor den Landtagswahlen unbedingt eine solche Propaganda machen sollte, aber grundsätzlich sollte man schon immer wieder darauf hinweisen, daß alles unternommen wird die Arbeitsplätze, Lehrplätze zu schaffen, überall dort wo es möglich ist, daß man sie alle aufruft und nicht, daß man eine Propaganda macht, daß man so tut, wartet es nur ab, wir werden Gesetze machen und dann werden wir schon schauen, sondern man müßte eher das Positive hinausbringen, bin ich der Meinung.

Wenn wir jetzt einseitig den Lehrling belasten, dann glaube ich, werden wir, so sehe ich das, etwas Negatives allein schon psychologisch, etwas Negatives erreichen. Gerade für die Jugend ist das etwas Negatives und ich bin immer der Meinung gewesen, daß wir sogenannte Aussteiger zu Einsteiger machen müssen mit positiven Aktionen, mit positiven Gesetzentwürfen, aber so gibt es eher noch Enttäuschungen, daß man sagt, geht es nicht mehr, dann straft man immer sofort jene und dann gibt es noch größere Enttäuschungen und die Aussteiger werden dann noch größer. Ich würde empfehlen, daß man eine Überlegung macht. Ich erkenne schon an, daß derjenige, der jetzt einen Lehrling zum Ausbilden hat, er zahlt ihm auf diese Zeit der Ausbildung - ich muß noch hineinflicken, daß in der Bundesrepublik Deutschland in der Woche zwei Tage Ausbildungszeit bezahlt wird, also die ist auch unter Kohl-Gentscher nicht geschnitten. Diese Ausbildungszeit der Berufsschule ist nicht geschnitten worden und zwar zwei Tage, nicht einen Tag. Diese Wochen werden in der Bundesrepublik auch nicht geschnitten, obwohl sie jetzt sehr viel Sozialabbau gemacht haben, wird nicht geschnitten. Ich würde aber vorschlagen, damit die Belastung nicht

auf die Lehrlinge geht, sondern daß man sagt, alle Betriebe, die in der Gesamtwirtschaft, in der Branche, Interesse an einen Nachwuchs haben müssen und von sich selber aus auch Kinder haben werden, einen Beitrag leisten in einen Fond hinein und durch diesen Fond wird dann das gezahlt. Also, daß es niemals auf Kosten der Lehrlinge geht. Ich meine, das wäre eine Überlegung. Es ist zwar etwas bürokratisch, aber es geht dann nicht auf Kosten des Lehrlings. Die einfachere Lösung weniger bürokratischer wäre, wenn man sagt, gut, diese Kosten übernimmt das Land, aber damit kann man auch nicht immer einverstanden sein, daß man sagt, das Land soll alles übernehmen. Im Gegenteil, hier geht auch die Frage des Subsidiaritätsprinzips, daß derjenige, der zur Zeit nicht ausbildet dem anderen mit beisteuert, der ausbildet, daß man diese Mittel in einen Fond hineingibt und von da heraus dann finanziert. Es gibt schon Möglichkeiten. Aber man muß diesen Weg beschreiten, bin ich der Meinung und ich bin sicher, daß in den letzten Jahren, wo immer wieder gesagt worden ist, wir müssen mehr sparen, wir müssen wieder mehr Subsidiaritätsprinzip praktizieren, auch daß dort hingehört wurde, daß die Leute das schon mitbekommen haben und sagen, ich will auch einen Beitrag leisten. Ich persönlich bin überzeugt, daß viele sagen, das würde ich machen. Ich kann mich erinnern, daß wir seinerzeit eine Diskussion gehabt haben beim Fernsehen TVS und die ist untergebracht, wo gerade in der Nähe ein Tischlereibetrieb ist, der sagt, ich bin gerne bereit noch mehr Lehrlinge aufzunehmen und es stimmt nicht, daß die nur Kosten verursachen, sondern wenn man sie dementsprechend ablernt, können sie bald einmal auch etwas Positives leisten. Also, es ist nicht alles negativ. Man muß vorsichtig sein, daß man nicht immer das Negative so verbreitet und das Positive, was im Menschen drinnen ist, was er leistet und was er produziert, daß man das einfach vergißt. Leider ist die Welt so oder zur Zeit ist es einmal so, daß man nur immer negative Sachen, auch in den Nachrichten, immer nur das Negative, die Unfälle usw. aber das Positive wird viel zu wenig in den Vordergrund gebracht. Da muß man auch dieses Positive in den Vordergrund rücken.

Wie gesagt, diesem Gesetz kann ich natürlich nicht zustimmen. Ich habe hier versucht aufzuzeigen, daß man das nicht einseitig auf Kosten des Lehrlings machen darf. Es wäre möglich gewesen hier mit den Sozialpartnern das durchzudiskutieren, schauen was man tatsächlich machen kann. Drittens der Vorschlag, daß man das in Form von Subsidiarität und Solidarität überbetrieblich organisiert, in Form eines Fonds oder als letzte Lösung, würde ich sagen, bevor man es dem Lehrling anlastet, von seiten der Landesregierung. Der dritte Artikel dieses Gesetzes sagt, es entstehen keine Kosten. Das ist nur eine Ordnungsbestimmung dieses Gesetz, es entstehen keine Kosten. ich glaube, wir dürfen das einfach nicht tun, wir müssen vorsichtig sein, daß wir solche Gesetze hier machen und tatsächlich ist es so, daß bei uns in Südtirol die Leute sehr empfindlicher geworden sind. Wir haben es in den letzten Wochen auch erlebt und man muß sich das grundsätzlich überlegen, ob man solche Gesetze einfach so verabschiedet. Ich würde dem Landesrat Spögl empfehlen dieses Gesetz noch

etwas in Ruhe zu lassen, grundsätzlich zu überlegen, was kann man machen und ganz gut zu prüfen, ob tatsächlich die letzte Konsequenz die ist, daß man auf die Lehrlinge die Kosten abwälzt, daß man sagt, wir bauen ab, bisherige Rechte, die diese hatten nehmen wir ihnen und jetzt bekommen sie nichts mehr. Da würde ich wirklich empfehlen davon abzusehen. Hier meine ich, die Landesregierung und die Mehrheit des Südtiroler Landtages abzusehen von einer solchen Maßnahme, zurückzustellen, zu überlegen, zu überdenken und eventuell mit neuen Kompromißvorschlägen im Herbst dann noch einmal zu kommen. Daß die Frage aktuell ist, daß etwas getan werden muß, mit dem bin ich einverstanden, aber ich sehe da nicht die Lösung. Es würde mir leid tun, Landesrat Spögler, wenn dieses Gesetz in dieser Form verabschiedet wird.

FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): E' questo un disegno di legge a nostro avviso estremamente interessante che potrebbe attenuare uno stato di disagio che indubbiamente esiste da qualche tempo anche in Alto Adige nel settore degli apprendisti e delle occasioni di apprendistato che vengono date ai nostri giovani. Tuttavia nell'individuare una condizione del tutto particolare e che noi riteniamo ragionevole, questo disegno di legge azzarda anche e dico subito che in Giunta noi ci eravamo astenuti e quest'oggi voteremo però a favore, azzarda una soluzione che é interessante, che noi condividiamo e che come é emerso recentemente in un incontro che abbiamo avuto a Roma con il Ministro Scotti per i problemi dell'impiego giovanile, bisognerebbe che venisse fatto proprio dalla legislazione nazionale. Mentre nel resto del territorio nazionale gli apprendisti non frequentano i corsi della formazione professionale come i nostri, siano essi corsi che durano un giorno lavorativo o di alcune settimane durante l'anno e quindi questo problema non si pone in modo così evidente, é tuttavia chiaro che, come ha anche detto l'Assessore presentando questo disegno di legge, un apprendista proprio per la condizione di persona che é in un periodo in cui sta imparando a lavorare ed esercita quindi in una misura ridotta, contenuta e comunque non ancora così esemplare la sua attività, dovrebbe venire pagato in modo diverso, inferiore, considerando come un compenso la possibilità di poter essere istruito, nel grado proprio di apprendimento e quindi la possibilità di poter imparare un lavoro che poi eserciterá con profitto a vantaggio suo e della società. Questo disegno di legge porta avanti un discorso logico e comprensibile perché in fondo é comprensibile che il datore di lavoro non debba pagare l'apprendista almeno nel momento in cui va a scuola, lo Stato credo si debba porre per le competenze che gli sono proprie questo problema e deve individuare della soluzioni. A livello nazionale negli ultimi tre anni abbiamo assistito ad un calo verticale delle occasioni di apprendistato. A livello locale io vedo che i colleghi di lingua tedesca sempre di più attraverso le interrogazioni e le mozioni e gli interventi in Consiglio provinciale si richiamano all'esperienza dell'istruzione e formazione professionale in lingua italia-

na e chiedono in assenza di quelle occasioni che c'erano in passato di formazione duale, come le ha chiamate il collega Spögler, chiedono i corsi a tempo pieno. C'è sempre la necessità di preparare i giovani, i giovani non possono più venire preparati in azienda, è quindi necessario prepararli almeno all'interno delle strutture cosiddette consistiche quindi c'è l'esigenza manifestata adesso in questo modo anche diverso rispetto la tradizione da parte dei colleghi di lingua tedesca di mantenere questa preparazione, questa occasione di formazione professionale nei giovani anche in presenza di un calo di occasioni di impiego.

Devo dire che questo è uno dei modi. Altri modi nelle leggi presentate dal collega Spögler sono stati accentuati negli anni passati che sono quelli di venire incontro con particolari forme incentivanti verso i datori di lavoro. Direi che questa forma, che è quella di consentire una minore spesa al datore di lavoro, consente anche all'ente pubblico di non spendere questa volta eppure l'ente pubblico sta già intervenendo e sta già spendendo e questa riduzione va a carico del giovane. Non è che noi siamo favorevoli a questa riduzione ma è inevitabile che se c'è il problema, se questo calo di apprendistato si verifica ormai in modo inequivocabile da alcuni anni si debbano trovare delle soluzioni che debbono coinvolgere tutte le parti. Quindi l'ente pubblico da anni sta svolgendo un suo ruolo, il privato da anni sta svolgendo, l'imprenditore sia esso artigiano o altro stanno svolgendo un loro ruolo, una parte deve essere sostenuta anche dall'apprendista. Ecco la problematica che si presenta e attraverso la quale noi, se non riusciremo a portare i livelli del passato, riusciremo con buona probabilità a decrementare, a rendere minore il calo di occasioni di apprendistato e quindi riusciremo forse di nuovo ad avere una migliore e una maggiore presenza dei giovani in questo settore che diversamente, se continuasse ad accadere in questo modo porrebbe molti altri problemi di carattere sociale a tutta la società altoatesina. Si pensi solo che cosa vuol dire avere i giovani anziché in formazione duale in formazione consistica, di quali strutture ed attrezzature dovrebbe fornirsi l'ente pubblico. Si pensi se questo non fosse possibile perché questo richiederebbe del tempo che cosa significa avere dei giovani che non possono impiegarsi secondo le loro attese e le loro aspirazioni. Si pensi a come dovrebbe organizzarsi quindi la società in modo diverso o si pensi nel caso in cui i giovani rimanessero disoccupati e non frequentanti le scuole a quali altri problemi porterebbero. Ripeto, questo articolo di legge pur non potendo risolvere alla radice il problema propone una soluzione che noi con questa presentazione esplicativa riteniamo di approvare e quindi sosteniamo anche con il nostro voto.

COSTALBANO (NS-NL): Signor Presidente, signori consiglieri, questo disegno di legge ha un torto fondamentale che non è stato portato in discussione al CESP. Era una materia che doveva essere discussa all'interno del CESP in quanto il CESP poteva rappresentare un momento di verifica e di accordo ma anche di iniziativa unitaria in ordine alla soluzione di un

problema. Non si é voluto farlo da parte dell'Assessorato, forse ha ritenuto che la questione fosse irrilevante rispetto al CESP, se é vero quanto ha affermato il consigliere Erschbaumer il presidente del CESP non si é preoccupato di arrivare a far discutere questo disegno di legge all'interno di questo organismo, é grave la responsabilità che si é assunto in particolare anche per quanto riguarda la collocazione politica che questo personaggio si assume. Era necessario arrivare al CESP perché la disciplina dell'apprendistato é prevista da una parte sul piano legislativo e dall'altra sul piano contrattuale. Su quest'ultimo piano é evidente che sono le parti a discutere e decidere in ordine a quelli che sono gli accordi possibili e alla modifica degli accordi che a suo tempo sono stati presi. E' grave ed un motivo di preoccupazione perché questa posizione di modificare accordi contrattuali a carattere nazionale assunti attraverso legge provinciale introducono nell'ordinamento un precedente di una pericolosità senza eguali. Si arriva perfino a prefigurare con questo intervento la capacità da parte del Consiglio provinciale di mettere in discussione dei contratti di lavoro. A me non interessa sottolineare se questo é particolarmente legato all'apprendisto o meno, di fatto una normativa di carattere contrattuale fra organizzazioni sindacali e dei datori di lavoro viene messa in discussione da una legislazione di carattere provinciale. E' questo un atto incostituzionale e prevaricatorio. Non si può accettare quanto é scritto all'interno della relazione: "costituisciono la base giuridica per un siffatto intervento legislativo le competenze legislative attribuite alla Provincia in materia di formazione professionale e di apprendistato. La regolamentazione differente contenuta nella legge del 1955 non può essere interpretata come principio atto a vincolare il legislatore provinciale nell'ambito della sua competenza legislativa secondaria". Su questo posso anche convenire che una legge di quella natura non possa vincolare l'organismo provinciale nelle sue facoltà, anche se siamo in una competenza secondaria. A maggior ragione l'intervento di una legislazione di questa natura nei confronti di una norma contrattuale travalica quelle che sono le competenze della Provincia. Sarebbe un guaio se questa posizione venisse accettata come pratica corrente perché metterebbe in discussione tutta una serie di posizioni e non darebbe più certezza di niente o per lo meno darebbe la certezza di una capacità di intervento della Provincia talmente prevaricante in tutti i settori che sarebbe preoccupante perché assumerebbe i toni totalizzanti.

Su questa premessa in linea di principio questa legge va bocciata e vanno messi in rilievo gli aspetti incostituzionali o quanto meno lesivi della contrattazione fra le parti sindacali e padronali.

Non é detto però che non esista il problema. Oggi un apprendista costa in genere all'artigiano veramente tanto. Però anche qua credo che si debba fare una tare. Prima di tutto non é vero che l'apprendista non produce. E' altrettanto vero che viene in molti casi sfruttato e non é altrettanto vero che l'insegnamento gli viene impartito in modo corretto e continuo. Anche su questo c'è da fare una grossa tara circa la corret-

tezza, la capacità e la volontà di fare l'insegnamento adeguato all'apprendista. Lo sfruttamento in questo è avvenuto e credo di doverlo mettere in evidenza come storture storiche, sfruttamento dell'apprendistato che deve essere tenuto presente perché storicamente non può essere dimenticato. Così come non devono essere dimenticate quelle che sono le responsabilità dei datori di lavoro a questo proposito. I contratti di lavoro non sono stati firmati perché esisteva una legge, ma in un momento particolarmente di boom economico in cui la manodopera era abbastanza scarsa e i datori di lavoro presi dall'euforia hanno accettato tutto. Responsabilità anche in questo senso anche perché i datori di lavoro si sono lanciati spesso e volentieri in una programmazione senza capacità di prevedere delle situazioni diverse dai boom economici e quindi una responsabilità precisa anche dei datori di lavoro per questa situazione. C'è questo costo della Provincia che va a mio avviso ridimensionato anche in rapporto all'intervento che la Provincia fa. Ci sono delle leggi che prevedono dei finanziamenti e quindi già in questo momento il problema del costo dell'apprendista è abbastanza limitato. Nella situazione complessiva altri provvedimenti devono essere presi. L'apprendistato deve essere sicuramente disciplinato in modo diverso di quanto non lo era 50 anni fa e di quanto non lo è adesso. Sono cambiati i tempi e le situazioni e vanno determinati quelli che sono gli sviluppi possibili dell'apprendistato in rapporto a determinati settori, perché nella situazione attuale con i grandi mutamenti che ci sono nella struttura produttiva del Paese e nei servizi sappiamo quanto ci sia un rivoluzionamento all'interno del settore come quello dell'artigianato e della piccola industria in cui si va o verso lo sviluppo o verso la conclusione di un'esperienza storica. Sotto questo punto di vista mi sembra che sia difficilmente accettabile un disegno di legge che interviene in questo modo senza vedere un contesto di come vanno le cose, e qua non c'è nessun riferimento a contesti o a possibili previsioni di interventi. Ci si lascia andare a dei provvedimenti tampone. In ogni caso le organizzazioni sindacali hanno assunto a questo proposito delle posizioni a livello nazionale. Ci sono stati interventi a carattere nazionale nel CNEL in cui questo problema è stato esaminato e ci sono stati degli impegni. Quello che mi rende perplesso oltre che contrario rispetto all'iniziativa legislativa presa è che si sapeva di questi interventi, si sapeva di queste responsabilità che a livello nazionale comunque le cose si stanno muovendo, non se ne è tenuto conto, non si citano forse perché si voleva pressare una situazione cercando di anticipare i tempi di un'iniziativa a carattere nazionale.

Un'altra cosa che devo rilevare è che le organizzazioni sindacali anche a livello provinciale avevano assunto delle posizioni aperte intorno a questo problema ed è un'accusa da fare alle organizzazioni sindacali locali, perché proprio in questo senso doveva costringere le organizzazioni sindacali locali a riconoscere una caratterizzazione specifica e precisa a proposito dell'apprendistato in Alto Adige e sotto questo aspetto riconoscere quindi anche le possibilità di intervento e di modifi-

che anche attraverso delle disposizioni provinciali o quanto meno a non prevaricare l'organizzazione sindacale a livello provinciale e quindi a rendere meno traumatica, meno violenta questa sovrapposizione di una legislazione provinciale che passa sopra i contratti collettivi nazionali di lavoro. La partecipazione dei sindacati avrebbe potuto garantire soluzioni diverse da far creare una misura di questo genere all'apprendista, soluzioni diverse che possono essere prese e proposte e ce ne possono essere più di una. Non manca la fantasia nel mettere insieme dei dispositivi che possono garantire in modo organico l'intervento dell'organizzazione sindacale per disciplinare il diverso rapporto di lavoro come dei datori di lavoro per quanto riguarda i costi e l'utilizzazione di controlli, l'intervento dell'ente pubblico può essere coordinato e concordato e quindi ad un livello di organicità in cui il problema venga affrontato seriamente e non in modo unilaterale. A mio avviso è mancata la possibilità di un rapporto diverso con le organizzazioni sindacali, quindi con le forze sociali, quindi di concepire l'autonomia non come uno strumento meramente legislativo che parte per il 99% dell'iniziativa da parte del potere esecutivo. Iniziative di carattere legislativo difficilmente partono dalle forze politiche presenti in Consiglio provinciale e le volte che partono dalle opposizioni sono bloccate. Ci troviamo sempre di fronte ad una iniziativa di carattere legislativo ormai prevalente e totalitario da parte della Giunta provinciale, e sotto questo punto di vista non c'è neanche l'utilizzazione di quegli strumenti di consultazione come poteva essere il CESP che poteva consentire anche alla Giunta provinciale di recepire le diverse posizioni di accordo possibili o quanto meno gli elementi di rottura possibili. Ecco che a mio avviso l'iniziativa legislativa assume dei toni gravi e per questo va denunciata come una prevaricazione nei confronti delle forze sociali e delle organizzazioni sindacali e nei confronti di alcuni elementi di carattere legislativo e costituzionale che sono estremamente preoccupanti e gravi.

Complessivamente la mia posizione è contro questo disegno di legge su un problema vero affrontato però in malo modo.

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI-KPI): Signor Presidente, signor consiglieri, i colleghi che sono intervenuti prima di me hanno svolto delle argomentazioni che in gran parte sono condivise anche dal nostro gruppo. Noi vorremmo comunque fare alcune precisazioni rispetto alla legge e alla situazione dell'apprendistato nella nostra provincia. Vogliamo ricordare subito che siamo in presenza di una legge sull'apprendistato che noi consideriamo del tutto negativa perché altamente discriminante sia nei confronti degli apprendisti sia rispetto agli stessi datori di lavoro. Ci ha meravigliato molto che spesso respinge delle leggi per motivazioni quasi irrilevanti per quanto riguarda invece la legge sull'apprendistato abbia completamente chiuso gli occhi e l'abbia approvata. Anche il fatto di avere una legislazione a livello provinciale non solo carente ma anche negativa aggrava la situazione e i problemi. Si è detto qui che vi è una

tendenza al calo d'offerta dei posti di lavoro per apprendisti e sappiamo anche che questa tendenza al calo non accenna a diminuire. Si é parlato qui di circa un 20% in meno di apprendisti in provincia di Bolzano negli ultimi anni. Quindi esiste un problema reale, una crisi reale dell'apprendistato. Il consigliere Costalbano diceva prima ad un problema che realmente esiste, si contrappone una soluzione sbagliata perché penalizza gli apprendisti, li castiga e nello stesso tempo non risolve assolutamente il problema che invece é da risolvere, si vorrebbe che ci fosse un'incentivazione dell'apprendistato, ma con una misura di questo tipo sicuramente non si incentiverá l'apprendistato. Del resto gli stessi datori di lavoro a nostro avviso non saranno contenti o lo saranno solo per poco ma poi si accorgeranno che il premio che é stato loro dato vale ben poco. Gli stessi datori di lavoro si renderanno conto che non é questa la via per incentivare sul serio l'apprendistato. Io ho per esempio qui una presa di posizione della CNA sul tema dell'apprendistato, interessante perché pone delle richieste che vanno nella direzione di risolvere i problemi che ci sono in un quadro complessivo e non certo pensando di intervenire solo sul costo del lavoro anche perché il problema del costo del lavoro é un problema che esiste. Questa posizione della CNA é critica anche nei confronti di questo specifico disegno di legge. Infatti rispetto al disegno di legge dice che "solleva forti perplessità negli imprenditori artigiani in ordine alle possibilità della Provincia di legiferare in materia", questione sollevata sia da Erschbaumer che da Costalbano, "e tende ad inasprire i rapporti fra datori di lavoro ed apprendisti con il rischio di far cadere ogni possibilità di addivenire ad un accordo tra le parti sociali". Ecco quindi che anche una parte degli imprenditori artigiani si esprime in maniera contraria a questo disegno di legge.

Sicuramente vi é una situazione di difficoltà, vi é un calo di posti di lavoro per apprendisti e c'è anche da dire che un mutamento della situazione non é per ora in vista. Non c'è un futuro immediato roseo di fronte, perché vi é una grossa incertezza per quanto riguarda la ripresa economica. Detto questo noi non possiamo condividere l'opinione secondo la quale la precaria situazione dell'apprendistato é dovuta esclusivamente ai contratti di lavoro vigenti ed in particolare al trattamento economico previsto dai contratti come invece dice la relazione. Fa riferimento in particolare all'esplosione dei costi di lavoro e al fatto che qui in provincia di Bolzano l'alto costo del lavoro é connesso anche all'assenza del posto di lavoro una volta alla settimana per l'apprendista che deve obbligatoriamente frequentare la scuola. Noi non siamo d'accordo con questa concezione sulla quale invece sono d'accordo i rappresentanti della SVP e ho visto anche l'assessore Ferretti il quale dopo un attimo di perplessità si é convinto in fretta della bontà di questa legge e ha sposato la tesi che anche con una legge come questa é possibile se non risolvere comunque affrontare positivamente i problemi degli apprendisti. Noi diciamo che non siamo d'accordo con questa concezione espressa dall'Assessore Spögler né dell'Assessore Ferretti perché una concezione di questo

tipo riduce la problematica dell'apprendistato ma chiude gli occhi di fronte alla complessità della situazione ed è interessata solo a decurate in qualche modo i salari, in questo caso con questo castigo che viene dato agli apprendisti e non si migliora sicuramente in questo modo né si tiene conto di migliorare l'intero sistema di formazione professionale dell'apprendista.

È stato ricordato dai colleghi che mi hanno preceduto che questo disegno di legge non è stato dato in visione al CESP. C'è chi attribuisce questa colpa alla Giunta, ci al CESP e al suo Presidente. Non importa di chi è la colpa il fatto è che su una legge importante come questa non si è convocato il CESP, non c'è stata quella consultazione che sarebbe stata necessaria per affrontare con serietà e non con superficialità il problema. Voglio anche ricordare che vi è un documento unitario delle confederazioni sindacali ma anche della ASGB e del KVV che si esprimono in modo contrario al disegno di legge, a questa soluzione e che esprimono tutta una serie di proposte che sono state prima in parte anche dette dal consigliere Erschbaumer, cioè mi riferisco in particolare alla proposta di far pagare le giornate di formazione professionale degli apprendisti ad una cooperazione fra aziende che dovrebbe formare un fondo comune da ripartire poi per pagare le giornate di formazione professionale degli apprendisti. È una soluzione che viene prospettata. Non so l'Assessore rispetto a questa prospettiva che cosa ne dica, sicuramente la via scelta è stata un'altra. Riguardo al trattamento economico degli apprendisti vi è da dire che non è che vi sia la completa ignoranza del problema da parte dei lavoratori, da parte delle organizzazioni dei lavoratori perché dobbiamo ricordare che il 22 dicembre scorso vi è stato un accordo fra la Confindustria e i sindacali nel senso di intraprendere una revisione generale del trattamento economico degli apprendisti. Siamo in presenza di una sensibilità concreta da parte delle organizzazioni dei lavoratori per vedere di affrontare questo problema del costo del lavoro, ma affrontarlo in un contesto generale e complessivo e non certo come fa questa legge penalizzando e castigando solo gli apprendisti. È stato sollevato poi il problema delle competenze. È la Provincia competente in materia oppure no? Non vi è una prevaricazione da parte della Provincia e di quelle che sono competenze invece delle parti sociali? Non vi è un disprezzo da parte della Provincia dell'autonomia contrattuale delle parti? Anche questo è un problema reale e giusto e sicuramente la Provincia ha operato in modo prevaricatore usando ancora una volta l'autonomia in maniera non corretta.

Noi ribadiamo quindi il nostro fermo no al disegno di legge e credo che nemmeno la discussione potrà convincerci del contrario.

LUNGER (PDU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu diesem Gesetzentwurf kurz Stellung nehmen und darauf hinweisen, daß es wohl überall üblich ist, daß jemand für eine Ausbildung nichts bezahlt bekommt. Das glaube ich, ist wohl überall so

und ist auch gerecht und billig. Und es dürfte auch weiters klar sein, daß die Berufsschule, die ein Lehrling macht, eine Ausbildung ist und nicht eine Berufstätigkeit im Sinne, daß direkt Arbeit geleistet wird, sondern auch ein Student arbeitet, auch ein Schüler arbeitet im Sinne seiner Ausbildung. Aber ich meine, für diese Arbeit, die einer im Sinne seiner Ausbildung macht, bekommt er nichts bezahlt und das ist, glaube ich, recht und billig, denn sonst müßte man auch den Volksschülern eine Vergütung geben. Wir haben hier aus den Unterlagen und wissen es auch schon sonst, daß die Gehälter, die Entlohnungen für die Lehrlinge in Italien und somit auch in Südtirol eine einmalige Höhe erreicht haben, die kaum irgendwo anders, einmal wenigstens in der westlichen Welt, erreicht wird. Wir haben hier Vergleiche, also um mehr als viermal so hoch als in Österreich und in Deutschland. Nun, was sind die Vorteile einer so hohen Entlohnung. Sicherlich, jede Seite hat seine Vor- und Nachteile. Wenn man das jetzt als Vorteil einmal nennen kann, der Jugendliche hat sehr viel Geld. Die Frage ist, ob das ein Vorteil ist. Er betrachtet es sicherlich als Vorteil. Zweite Vorteil wäre der, daß die Eltern entlastet sind, daß der Lehrling auch daheim schon etwas abgeben kann, besonders in kinderreichen Familien. Allerdings weiß ich verschiedenste Fälle, wo Lehrlinge, und dann aber leider, weil sie nicht daran gewöhnt sind auch Gesellen sich weigern daheim für Essen, Unterkunft usw. etwas abzugeben und meinen, daß sie weiterhin trotz der verhältnismäßig hohen Entlohnungen meinen, sie müßten dann parallel und gleichzeitig von den Eltern erhalten werden.

Was sind aber die Nachteile einer so verhältnismäßig hohen Entlohnung. Erstens einmal eine fast übermäßig oder überverhältnismäßig hohe Belastung des Betriebes, mit der Folge, daß in wirtschaftlichen Krisenzeiten oder bei wirtschaftlichen Rückgängen die Lehrlingsstellen rapide abnehmen. Das haben wir ja erlebt. Das ist sicher für Jugendliche etwas vom negativsten, wenn sie keinen Ausbildungsplatz bekommen. Dann, den Punkt, den ich vorhin auch unter den Vorteilen angeführt habe, daß der Jugendliche viel Geld hat. Sicherlich, der Jugendliche wird es als Vorteil betrachten, objektiv, pädagogisch bin ich der Meinung, daß es vielmehr ein Nachteil ist. Denn es ist pädagogisch im Durchschnitt schlecht, daß ein 15jähriger derartige Summen zur Verfügung hat, weil der noch nicht die charakterliche Reife hat mit so viel Geld ordentlich umzugehen und es sich ordentlich einzuteilen und sparen zu lernen, vor allem einmal.

ABGEORDNETER: (Unterbricht - interrompe)

LUNGER (PDU): Wenn Sie der Meinung sind, daß die charakterliche Entwicklung mit 15 Jahren abgeschlossen ist, dann ist die Frage, warum einer mit 15 Jahre überhaupt noch in die Lehre gehen soll. Denn es ist ja nicht einzusehen, daß die berufliche Ausbildung mehr Zeit braucht als die charakterliche. Das ist nicht wahr. Mit Geld umzugehen wird er vor allem einmal lernen, wenn er anfängt etwas zu verdienen, mein lieber Herr

Erschbaumer, nicht vorher, so lange er nur ein Taschengeld bekommt. Auch da werden schon die Grundlagen gelegt. Aber selber einzuteilen, selber das Gespür zu bekommen, daß ich dafür arbeiten muß, wenn ich etwas verdienen will, das bekommt er erst nachher. Da scheint mir, diese erste Zeit ist pädagogisch eher negativ. Schließlich verlieren sie oft das Gefühl, daß man, um etwas leisten zu können, auch etwas lernen muß. Denn sie bekommen ja schon, ohne gelernt zu haben zu Beginn fast gleich viel wie ein Geselle. Das ist der nächste Punkt, der oft in Betrieben ziemliche Spannungen hineinbringt, wenn der Geselle sieht, daß der Lehrling genau genommen für die Stunden die er wirklich arbeitet, mehr stundenweise verdient wie der Geselle. Das schafft in Betrieben Spannungen. Der ausgelernte Geselle, der die ganze Woche arbeitet bekommt stundenmäßig weniger für die Arbeit als der andere, der...

ABGEORDNETER: (Unterbricht - interrompe)

LUNGER (PDU): Moment einmal, das wäre dann jetzt eine andere Ebene, wenn man sagt, alle müßten 100% mehr verdienen. Es ist dann nur, wie man das bewerkstelligt im Rahmen der gesamten Wirtschaft. Aber wenn, so lange wir bei diesen Löhnen bleiben ist das Verhältnis ungesund. Der Meinung bin ich ohne Zweifel. Nun aber, was wären die Folgen dieses Gesetzes? Ich habe da den Landesrat gefragt, er sagt mir, so zirka durchschnittlich, daß ein Lehrling durchschnittlich im Monat 100.000 Lire weniger verdient. Vielleicht wäre es gut, daß er uns bis Dienstag genauere Daten vorlegen könnte. Aber gehen wir einmal davon aus, dann würde das heißen, daß immer noch ein Lehrling bei uns immer noch mehr als das Doppelte als in Österreich und in Deutschland verdient. Jetzt ist aber die Frage, wie gesagt in Österreich haben wir die Daten, was dort ein Lehrling verdient. Also, momentan weniger als ein Drittel und dann würde er immer noch weniger als die Hälfte verdienen. Nun ist es aber so, daß in Österreich schon seit fast 13 Jahren eine sozialistische Regierung war. Nun ist jetzt die Frage, ist das System in Österreich ungerecht? Warum hat es dann die sozialistische Partei nicht geändert? Ist das System in Österreich aber gerecht, dann kann es bei uns nicht auch gerecht sein. Die Unterschiede sind zu groß.

Diese Vergleiche drängen sich einfach auf. Wir haben dort eine sozialistische Regierung seit mehr als 12 Jahren gehabt. Wenn das dortige System wirklich ganz ungerecht wäre, dann hätten sie das wohl einmal ändern müssen. Sonst muß man der den Vorwurf machen, daß es total unsozial war.

Die Tatsache ist aber, daß voriges Jahr noch in Nordtirol oder in den letzten zwei Jahren in Nordtirol, wie die Wirtschaftskrise begonnen hat, in Nordtirol die Zahl der Lehrstellen gestiegen ist. Bei uns hat sie sofort begonnen rapide abzunehmen. Das ist eine Tatsache. Die Entwicklung war umgekehrt zwischen uns und Nordtirol. Insgesamt sind sicher auch dort mangelnde Lehrstellen, aber sicher nicht in dem Ausmaße wie bei uns. Al-

so, ich bin der Meinung, daß durch diese teilweise Erniedrigung des Lohnes die Lehrlinge absolut nicht in Not geraten, denn sie verdienen dann immer noch laut diesen Tabellen mehr als das Doppelte als in Österreich und in Deutschland und ich bin überzeugt, daß etwas mehr Lehrstellen wieder entstehen. Denn es ist jetzt wieder so, daß Eltern, die keine Lehrstelle für ihr Kind finden, teilweise bereit wären noch etwas zu zahlen und manchen Lehrherren sagen, bitteschön, wir geben euch mehr als die Hälfte zurück von dem, wenn ihr ihn nur nehmt. Wenn eine gesetzliche Regelung so ist, daß sie an den wirtschaftlichen, nicht nur wirtschaftlichen, an den Realitäten, der Lebenssituation so stark vorbeigehen, daß sie der Sache mehr schaden als nützen, dann kann man eben im Geheimen die Absprachen und Regelungen, die daneben dann bestehen, die aber vom Gesetz total abweichen. Und ich glaube schon, daß es Aufgabe des Gesetzgebers ist die gesetzliche Lage in etwa den Erfordernissen der Wirklichkeit ein bißchen anzupassen. Es ist sowieso und es gilt wirklich für diesen Landtag in besonderem Maße, leider eben selten, daß dieser Landtag die Gesetze den Erfordernissen des Lebens anpaßt. Gewöhnlich sieht man nach Jahren, daß man daneben vorbeigelaufen ist und dann probiert man es ein bißchen hinzubringen, inzwischen ist die Wirklichkeit schon wieder weiter. Aber es ist sicher Aufgabe des Gesetzgebers die Gesetze so zu machen, daß sie den effektiven Erfordernissen irgendwie entsprechen.

PETERLINI (Sekretär - SVP): Herr Präsident! Ich werde sehr kurz sein und kündige gleich an, daß ich als Jugendvertreter in der Südtiroler Volkspartei - das betone ich ausdrücklich, als Jugendvertreter der Südtiroler Volkspartei - , der die Aufgabe hat die Interessen der Jugend mit Überzeugung zu vertreten, mit aller Überzeugung...

MITOLO (MSI-DN): (Interrompe)

PETERLINI (Sekretär - SVP): Kollege Mitolo, ich habe Ihnen nicht streitig gemacht, ob es richtig ist eine faschistische Partei aus etlichen Jahrzehnten her zu vertreten oder nicht zu vertreten. Somit lassen Sie mich reden und zwar in Ruhe, bitte!

MITOLO (MSI-DN): (Interrompe)

PETERLINI (Sekretär - SVP): Ich weigere mich zu sprechen!

PRESIDENTE: La smette di parlare, consigliere?

PETERLINI (Sekretär - SVP): Ganz recht! Herr Präsident, entweder man ist imstande, reden zu dürfen ohne dabei von einem Kollegen beleidigt zu werden oder ich rede nicht. Und ich bin vom Kollegen Mitolo beleidigt worden, und das lasse ich mir nicht gefallen.

MITOLO (MSI-DN): Consigliere Peterlini, i capricci di questo genere li fai a casa tua, non in un consesso serio come questo. Non hai capito niente di quello che io ho detto e ti ritieni offeso da una mia dichiarazione che non é affatto offensiva. E hai tirato in ballo il fascismo, e potrei essere offeso io e non tu. Io ho fatto un'interruzione come qualche volta succede. Si sta dormendo e ogni tanto si fa una battuta per sorridere e per cercare di vivacizzare. Non riesco a capire dove possa aver trovato motivo di ritenersi offeso il collega Peterlini dal fatto che gli ho detto che ormai come rappresentante dei giovani é un po' passato, perché non mi sembra poi tanto giovane. Ma con i capricci che fai, ti posso ritenere un ragazzino.

PETERLINI (Sekretär - SVP): Danke Herr Präsident! Ich muß noch einmal wiederholen, warum ich so heftig reagiert habe. Ich habe gestern im Regionalrat bereits betont, daß ich der Meinung bin, daß der Südtiroler Landtag ein gewisses Niveau behalten sollte und daß Zwischenrufe sicherlich für dieses Niveau beitragen können, aber dieses Niveau auch kaputtschlagen können. Die Zwischenrufe vom Kollegen Mitolo sind sicherlich, wenn sie persönlich angelegt sind, nicht dazu angetan das Niveau dieses Landtages zu heben.

Wir sind die Vertreter der Südtiroler, da gibt es wenig zu diskutieren, Kollege Mitolo, und wir sollten bei unserer Ausdrucksweise, bei unseren Zwischenrufen und bei Kritiken auch den Kollegen gegenüber die Gürtellinie beachten und nicht darunterschlagen. Das ist der Punkt, den ich Ihnen sagen wollte.

Ich betone noch einmal, daß ich als Jugendvertreter - und das kann ich trotz der Anfeindungen oder beleidigenden Anpöbelungen vom Kollegen Mitolo sagen, weil ich als Kandidat der Jugend in den Südtiroler Landtag gewählt worden bin und immer noch Vertreter der Jungen Generation in der SVP bin - mit Überzeugung für diesen Gesetzentwurf stimmen werde. Als Jugendvertreter deswegen, weil manche vielleicht annehmen würden, daß es doch da auch um die Interessen der Lehrlinge geht und sich möglicherweise ein Jugendvertreter dagegen wehren könnte, daß die Löhne für die Lehrlinge herabgesetzt werden. In Wirklichkeit ist es so, wir haben rund 2.000 junge Leute in Südtirol, die Arbeit suchen, die verzweifelt von Arbeitgebere zu Arbeitgeber, von Meister zu Meister wandern, deren Eltern sich verzweifelt bemühen ihre Beziehungen einzusetzen, ihre Bekanntschaften einzusetzen, um jungen Leuten einen Arbeitsplatz, eine Lehrstelle zu finden und sie finden diese Lehrstelle nicht. Da sind wir uns einig. Und wir waren uns vor wenigen Monaten in diesem Südtiroler Landtag auch darüber einig, daß wir Maßnahmen dagegen treffen müssen und wir waren uns im gleichen Südtiroler Landtag, als ein Beschlußantrag der Jungen Generation und der Arbeitnehmer in der SVP vorgelegen hat, ebenso einig, daß einer der Gründe, warum die Meister keine oder wenige Lehrlinge aufnehmen, darin liegt, daß die Löhne zu hoch sind. Nun hat die Landesregierung auch auf unser Ersuchen hin den Mut aufgebracht eine kleine Maßnahme zu set-

zen. Es wären wesentlich größere Schritte möglich gewesen. Es hat mich enttäuscht, sei es von den Gewerkschaften als auch vom katholischen Verband der Werktätigen, daß man kaum, sobald dieser Gesetzentwurf bekanntgeworden ist, sofort dagegen polemisiert hat. Polemisiert ist heute auch von seiten der Linksparteien worden mit unwürdigen demagogischen Methoden unter dem Motto: Jetzt spart man bei den Ärmsten der Armen, jetzt greift man in Tarifautonomie ein, jetzt ergreift man so quasi unsoziale Maßnahmen. Ich möchte behaupten, daß diese Maßnahmen äußerst soziale Maßnahmen darstellt, weil es nicht angeht, daß einige wenige Lehrlinge gut verdienen und 2000 andere junge Menschen mit 15, 16, 17, 18 und mehr Jahren nutzlos warten und von Meister zu Meister wandern, um eine Lehrstelle zu finden und keine finden.

Es gibt andere Möglichkeiten. Und zwar Kollegin Barbiero, Sie könnten ja einen Gesetzentwurf diesbezüglich im Landtag einreichen. Aber Sie haben sich ja selbst auf die Tarifautonomie der Gewerkschaften berufen. Und, wie weit ist diese Tarifautonomie bisher gediehen? Überhaupt nicht. Die wesentlich einschneidendere Maßnahme und ich muß sagen, daß ich auch diese Maßnahme verteidigt hätte, wäre gewesen, daß sich die Landesregierung nicht nur an das Berufsausbildungssystem anlehnt, das in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich herrscht, sondern auch gerne Löhne und Gehälter umgerechnet auf unsere Verhältnisse übernimmt. Und das wäre, wie alle richtig festgestellt haben, ungefähr ein Drittel dessen, was ein Lehrling heute verdient. Das hätte bedeutet, mit Gesetz Gehälter festzulegen.

Ich verstehe schon ein bißchen die Bedenken, die die Landesregierung diesbezüglich gehegt hat, einen derartig groben Eingriff in die Tarifautonomie machen zu müssen. Andererseits stelle ich folgendes fest: Die Tarifautonomie bewegt sich in jenem gesetzefreien Raum, den der Gesetzgeber absichtlich oder zufällig freigelassen hat, um Vertragspartner, sei es private Vertragspartner im Rahmen der Vertragsautonomie oder eben kollektiven Vertragspartnern, Raum zu geben ihre Abschlüsse, ihre Vereinbarungen zu treffen. Wenn aber der Gesetzgeber im Interesse der Bevölkerung feststellt, daß das nicht funktioniert, weil es nicht mehr angeht, daß Tausende von jungen Menschen nutzlos auf der Straße herumstehen oder daheim irgendwelche Arbeiten verrichten, um die Zeit zu vertreiben, dann hat der Gesetzgeber im Namen der Bevölkerung und im Namen der Mehrheit der Bevölkerung und auch jener, die die Gewerkschaften nicht vertreten, nämlich der Arbeitslosen und der arbeitslosen Jugendlichen, die Aufgabe und die Pflicht hier einzugreifen und jenen Raum auszufüllen, den die Sozialpartner nicht imstande waren auszufüllen.

Es wäre notwendig und nützlich, um hier auch einen Überblick über das ganze zu behalten und nicht diesen Überblick zu verlieren oder nur im Sinne der Arbeitsgesetzgebung zu sehen, mehr das Ausbildungsverhältnis des Lehrlings in den Vordergrund zu stellen. Ausbildungsverhältnis, das leider Gottes in Italien vernachlässigt wird, deshalb auch diese komische Tarifregelung. Wenn ich vergleichsweise dazu Schüler und Studenten als

Beispiel anführe, die genauso hart arbeiten müssen, wenn sie echt studieren und auch ihr Praktikum machen sollen und dabei überhaupt nichts verdienen und sich mit einem kargen Stipendium durchschlagen müssen und es auf die Lehrlingsebene ummünze, wo der Lehrling gleich viel oder mehr verdient wie ein Geselle, dann ist das einfach eine soziale Ungerechtigkeit. Eine soziale Ungerechtigkeit jenen gegenüber, die sich die Mühe machen müssen zu studieren. Und es ist vor allem auch eine soziale Ungerechtigkeit gegenüber jenen, die ausgelernt haben, denn wenn sie ausgelernt haben, verdienen sie nicht mehr und vor allem eine soziale Ungerechtigkeit gegenüber jenen, die nicht nur ausgelernt haben, sondern eine Familie erhalten müssen. Zunächst verdient man 600.000 oder 650.000 Lire als Lehrling, dann bekommt man 630.000 oder 650.000 als Geselle und dann bekommt man vielleicht 700.000 Lire, wenn man verheiratet ist, oder 750.000 oder 800.000 Lire, wenn man verheiratet ist. Man lernt mit 16, 17 Jahren das Geld mit vollen Händen in den Diskotheken hinauszuerwerfen, mit den Motorrädern herumzufahren. Man lernt nur, wenn man das Geld verbraucht, lernt überhaupt nicht, wie man das Geld auf die Seite legen muß, und wie man das Geld sparen muß, wie man wirtschaften muß.

Sie können lachen, Herr Kollege Costalbano. Lachen Sie nur, lachen Sie über die jungen Leute, die uns daneben ihr Gehalt auf der Talferbrücke draußen liegen und Rauschgift nehmen. Sie werden Ihnen sicherlich danken, aber vielleicht geben Ihnen die Rauschgiftsüchtigen die Stimme, die anderen werden sie Ihnen nicht geben, Kollege Costalbano. Vielleicht die Rauschgiftsüchtigen, wenn Sie darüber lachen, wie sie sich benehmen, weil sie nicht mehr imstande sind mitzubekommen, was da überhaupt gespielt wird.

Sie bekommen die jungen Leute, das getraue ich mich und deshalb habe ich es auch betont, gerade als Jugendvertreter zu sagen, weil das die Ergebnisse unserer Arbeit in den Dörfern draußen sind. Unsere jungen Leute, unsere Mitglieder in den Ortsgruppen draußen und das sind eine Menge Mitglieder und da werden sie wahrscheinlich viele haben, in Feldthurns oder in Schnalstal drinnen oder sonst irgendwo, Kollege Costalbano, diese unsere jungen Leute sagen uns, diese Regelung funktioniert nicht. Wir müssen den jungen Leuten weniger Geld in die Hand geben, einmal um zu gewährleisten, daß nicht einige wenige Stellen einnehmen können, die gut bezahlt sind und viele andere draußen vor der Tür stehen müssen.

Zum zweiten, um zu vermeiden, daß junge Leute nicht imstande sind mit dem Geld umzugehen, mit dem Geld nur lernen groß zu tun und dann später, wenn sie Verantwortung tragen müssen, wenn sie eine Familie gründen und eine Familie erhalten müssen, nicht mehr dazu imstande sind.

Aus diesem Grunde, Kollege Spögler, die volle Unterstützung seitens der Jungen Generation in der SVP.

PRESIDENTE: La seduta é tolta.

ORE 18.00 UHR